

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang Ismayr
Kulturförderung
zwischen Neuorientierung
und Sparzwängen

Richard Albrecht
„Literaturgesellschaft“ DDR
Leseverhalten, Lektüreinteressen
und Leserfahrungen

Helmut L. Müller
Der „dritte Weg“
als deutsche Gesellschaftsidee

ISSN 0479-611 X

B 27/84
7. Juli 1984

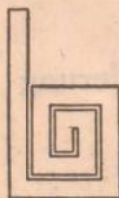
Wolfgang Ismayr, Dr. phil., geb. 1942; Akad. Oberrat für Politikwissenschaft, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bamberg.

Veröffentlichungen u. a.: Das politische Theater in Westdeutschland, Königstein 1977 (2. Aufl. 1984); Parlamentarische Kommunikation und Abgeordnetenfreiheit. Praxis im 9. Deutschen Bundestag und Perspektiven einer Parlamentsreform, Frankfurt 1982; Hochhuths politisches Theater, in: Text + Kritik, Heft 58, April 1978, S. 41—50; Kulturpolitik und demokratische Kultur, in: Die Mitarbeit. Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik, 1979, Heft 2/3, S. 186—215; Perspektiven einer kulturellen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/79, S. 29—46; Parlamentsreform ohne Chance? in: Materialien zur Politischen Bildung, (1982) 3, S. 83—88; Parlamentarische Debatte und Abgeordnetenfreiheit im 9. Deutschen Bundestag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1982) 3, S. 287—304.

Richard Albrecht, Dr. phil., geb. 1945; Autor und Kulturwissenschaftler; z. Z. Stipendiat der VW-Stiftung. Letzte Buchveröffentlichung: Erkundungen — Texte aus dem Revier (Hrsg.), 1983.

Helmut L. Müller, Dr. phil., geb. 1954; Studium der Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte und Soziologie an der Universität München; seit 1976 Stipendiat des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses (München); 1981—1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München; seit 1983 außenpolitischer Redakteur der „Salzburger Nachrichten“.

Veröffentlichungen u. a.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim-Basel 1982; Deutschland — ein literarischer Begriff?, in: Politik und Kultur, (1981) 4, S. 11—26; Vaterland versus Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und deutsche Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/82, S. 17—37; Deutscher Sonderweg — Mythos oder Realität?, in: Deutschland Archiv, (1982) 4, S. 378—383; Die Divergenz von Geist und Macht. Tradition und Aktualität eines literarischen Topos, in: Die Mitarbeit, (1982) 2, S. 139—167; Ein Koloß auf tönernen Füßen. Zum Amerikabild der deutschen Schriftsteller, in: L '80, (1983) 25, S. 137—149; Viele kleine Netze im großen Netz. Die Kritik am Sozialeratismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1983) 3, S. 177—187; Orwell war nicht allein. Eine literarische Totalitarismustheorie, in: Die politische Meinung, (1983) 210, S. 85—95.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Kulturförderung zwischen Neuorientierung und Sparzwängen

I. Kulturverständnis im Wandel

Aus Stellungnahmen von Parteien, Politikern und Gewerkschaften sowie parlamentarischen Anfragen und Debatten geht in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse an kunst- und kulturpolitischen Fragen hervor. Bekunden diese Äußerungen eine Verschiebung politischer Prioritäten zugunsten der Kunst- und Kulturförderung und der Berücksichtigung der kulturellen Dimension im politischen Handeln, oder geht es dabei vorwiegend um die Rechtfertigung oder Abwehr von Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten? Die kulturpolitische Debatte wurde seit Anfang der siebziger Jahre besonders durch die richtungweisenden Empfehlungen des Deutschen Städtetages geprägt, in denen dieser die Städte zu verstärktem kulturpolitischem Engagement auffordert und dabei von einem erweiterten Kulturverständnis ausgeht. Unterstützt werden diese Bemühungen durch entsprechende Empfehlungen der UNESCO (1976) und des Europarats (1976, 1983)¹⁾. Besonders in der deutschen Tradition verstand man seit dem 19. Jahrhundert unter „Kultur“ meist jene „höheren“, dem profanen Alltag enthobenen Lebenstätigkeiten, vornehmlich die Bereiche des Künstlerischen und „Geistigen“. Das Wort „Zivilisation“ galt für alle anderen Lebensbereiche. Diese Unterscheidung ist Ausdruck der neuzeitlichen Trennung von Rationalität, Ethik, Ästhetik und Politik, — mithin von Denken, Fühlen und Handeln²⁾.

Es sind konkrete Erfahrungen, die einen Wandel des Kulturverständnisses herausfordern: die Gefährdung der Städte als humaner Lebensraum, Umweltzerstörung, weltweite Aufrüstung und die Auswirkungen neuer Kommunikations- und Informationstechni-

ken. So werden in den entsprechenden Resolutionen des Europarats, der UNESCO und des Deutschen Städtetages die menschlichen Lebensbereiche in ihrer kulturellen Vernetzung gesehen und dabei insbesondere die kulturellen und politischen Konsequenzen des quantitativen Wirtschaftswachstums als dominanter Zielsetzung vor Augen geführt. „Kultur“ in diesem Verständnis bezeichnet nicht eine Parzelle der Gesellschaft, sondern die Gesamtheit der vielfältigen Lebensäußerungen einer Bevölkerung. Es sind durchaus Einsichten der Kulturanthropologie und Ethnologie, die sich entsprechend der Intention dieser Empfehlungen ins Normative wenden lassen: Die schöpferische Aneignung der Umwelt, Identitätsfindung in (auch emotional erfahrbaren) überschaubaren Lebensräumen, Sinnerfüllung im alltagsweltlichen Lebensvollzug für alle Bevölkerungsschichten werden in ihrer (trans)kulturellen Bedeutung erkannt³⁾. Von entsprechenden Einsichten läßt sich beispielsweise die UNESCO-Empfehlung „Über die Teilnahme und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben“ (1976) leiten und verbindet sie mit demokratischen Werten und Zielvorstellungen. Zur Kultur gehöre auch „der Erwerb von Kenntnissen, der Anspruch auf einen Lebensstil und das Bedürfnis nach Kommunikation“. Die Teilnahme am kulturellen Leben bedeute eine „Behauptung der Identität, der Authentizität und der Würde“. Die Behauptung der kulturellen Identität solle allerdings nicht zur Isolation von Gruppen führen, sondern fruchtbare wechselseitige Bereicherung durch häufige Kontakte mit sich bringen⁴⁾.

Es waren hautnah erfahrbare Fehlentwicklungen in den Städten, die zunächst beim Deutschen Städtetag einen Prozeß des kulturpolitischen Umdenkens in Gang setzten. Dem traditionellen Kulturverständnis entsprechend, war es die zentrale Aufgabe der (kommunalen) Kulturpolitik, die „Einrichtungen der Kunst und Kulturpflege“, Theater, Museen,

¹⁾ Ad hoc Conference of European Ministers with responsibility for Cultural Affairs. Council of Europe, Strasbourg 1976; vgl. (Anm. 4), S. 18. Zur Kulturpolitik der EG vgl. O. Schwencke, Kulturpolitik der Europäischen Gemeinschaft, in: Integration, (1983) 3, Beilage zur Europäischen Zeitung, (1983) 7, S. 121 ff.

²⁾ Vgl. W. Ismayr, Perspektiven einer kulturellen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/79; K.-O. Apel, Transformation der Philosophie, Bd. 2, Frankfurt 1976, S. 370 ff.

³⁾ I.-M. Greverus, Kultur und Alltagswelt, München 1978.

⁴⁾ Bundesrat, Drucksache 638/77, S. 5.

Orchester, Bibliotheken, wieder und neu aufzubauen und zu unterhalten. Auf diesen „trotz größter wirtschaftlicher Not“ erfolgten Aufbau verweist der Deutsche Städtetag in der heutigen Spardebatte nicht ohne Stolz⁵⁾. Seit Ende der sechziger Jahre wurde dann zunehmend erkannt, daß sich kommunale Kulturpolitik nicht im wesentlichen auf die Sicherung dieser Einrichtungen beschränken darf, wenn sie dazu beitragen will, einem offensichtlichen Verlust an Lebensqualität in den Kommunen entgegenzuwirken. Auf der Hauptversammlung 1973 („Wege zur menschlichen Stadt“) wurden Erfahrungen und Konsequenzen in einer nach wie vor gültigen Weise formuliert. Die einseitige Orientierung an raschem ökonomischem Wachstum habe vielfach eine disharmonische städtebauliche Umwelt erzeugt und humane Lebensbedingungen gefährdet. Die Vermenschlichung der Städte, ihre „Wiedergewinnung als kulturprägte Schöpfung und Ereignisstätte“ soll daher auch gegen Widerstände durchgesetzt werden. Das ökonomische Ziel sei in die Zielsetzungen für die menschliche Stadt einzuordnen⁶⁾.

Diesem grundsätzlichen Prioritätenwechsel entspricht die neugewonnene kulturpolitische Konzeption, der sich inzwischen auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag mit entsprechenden Empfehlungen (1980) angeschlossen haben. Voraussetzung für die Entfaltung des Menschen in der Stadt sei die Schaffung einer Umgebung, die durch Proportion und Grundstruktur die Phantasie anrege und gleichzeitig die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt gewährleiste. Auch auf der letzten Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurden diese Leitlinien der Kulturarbeit in Erinnerung gerufen. Kulturarbeit müsse dazu beitragen, die Nachdenklichkeit, die Besinnlichkeit der Menschen anzuregen, Kommunikation zu fördern, die Entfaltung der Kreativität zu unterstützen. Kulturpolitik in diesem Sinne wird als Daseinsvorsorge für die Bürger verstanden. Ziel einer demokratischen Kulturpolitik ist eine „Kultur für, mit und von allen“⁷⁾. Durch öffentliche Kunst- und Kulturförderung soll verhindert werden, daß der Konsum kommerzieller Angebote in der

zunehmenden Freizeit das Leben der meisten Bürger bestimmt, zumal die Haltung passiver Konsumenten auch die Weiterentwicklung einer beteiligungsfreundlichen demokratischen politischen Kultur gefährdet. Angesichts der Vernetzung der Politikfelder, die im kommunalen Raum besonders evident wird, und angesichts der bekannten Zukunftsprobleme ergibt sich für Kulturpolitiker auch die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß politisches Handeln insgesamt von kulturellem Interesse geleitet wird und an der Entwicklung struktureller Voraussetzungen für einen Orientierungswandel mitwirkt. Die Berücksichtigung der kulturellen Dimension in der Stadtentwicklung, aber auch in der Bundes- und Landespolitik, setzt engagierte Kooperation über die oft engen Ressortgrenzen hinweg voraus⁸⁾. Auch im engeren Sinne verstanden, kann sich Kunst- und Kulturförderung nicht darauf beschränken, die traditionellen Einrichtungen Theater, Museen, Bibliotheken und Orchester zu unterhalten und zu fördern: Hinzu kommen müssen die Förderung von Künstlern, kulturellen Initiativen und Vereinen, soziokulturellen Stadtteilzentren (Kleinzentren) sowie kulturpädagogische Aktivitäten (Animation).

Die seit den siebziger Jahren entstandenen vielgestaltigen Aktivitäten künstlerischer und soziokultureller Initiativen zeigen deutlich, daß die kommunal- und kulturpolitischen Zielsetzungen der genannten Empfehlungen einem sich wandelnden Interesse vieler Bürger entsprechen. Diese zum Teil durch neue Wertvorstellungen geprägte Erwartungshaltung wurde bei der letzten Hauptversammlung des Städtetages ausdrücklich auf die eigene kulturpolitische Konzeption bezogen: „Auch wenn viele Bürger in der Wirtschaftsrezession wiederum von der Sorge um den Arbeitsplatz, preiswerten Wohnraum und eine angemessene Sicherung des erreichten Lebensstandards bedrückt sind, so ist dennoch festzustellen, daß die ausschließliche Ausrichtung der Gesellschaft am wirtschaftlichen Erfolg und am ökonomischen Wachstum zunehmend in Frage gestellt wird. Viele Menschen suchen nach einer neuen Sinngebung des eigenen Daseins, nach neuen Zukunftsperspektiven, nach neuen Formen der Selbstverwirklichung und der Mitgestaltung einer lebenswerten Umwelt, insbesondere im erfahrbaren Lebens- und Wohnbereich. Dies ist zugleich die Suche nach einer neuen kulturellen und geschichtlichen Identität. Die Menschen fordern zu Recht, daß der von ihnen

⁵⁾ Deutscher Städtetag, Kultur in unseren Städten unverzichtbar. Vorbericht, in: Unser Land braucht starke Städte, Stuttgart 1983, S. 142; Leitsätze zur kommunalen Kulturarbeit (1952), in: Kulturpolitik des Deutschen Städtetages, Köln 1979, S. 62 ff.

⁶⁾ Deutscher Städtetag, Wege zur menschlichen Stadt, Köln 1973, S. 91–96.

⁷⁾ Deutscher Städtetag, (Anm. 5), S. 141, S. 154.

⁸⁾ Vgl. Deutscher Städtetag, (Anm. 6), S. 97; Council of Europe, (Anm. 1), S. 152.

geschaffene Wohlstand auch dazu diene, durch breite kulturelle Angebote die Qualität des Lebens zu vergrößern.⁹⁾

Dieser Einstellungs- und Wertwandel findet seinen Ausdruck in konkreten Aktivitäten zahlreicher Bürgerinitiativen in den Bereichen des Umweltschutzes, der Stadtentwicklung und der Friedenssicherung. Ein großer Teil dieser Initiativen ist in soziokulturellen Bereichen tätig. Insgesamt zeigen sich hier Ansätze eines verstärkten Interesses an aktiver politischer Beteiligung, an kreativer und kommunikativer Selbstentfaltung und an der schöpferischen Gestaltung der Umwelt in solidarischem Handeln¹⁰⁾.

Diesen positiven Ansätzen, die in Richtung des vom Europarat empfohlenen Weges von der Konsumgesellschaft zu einer kulturellen Demokratie weisen, stehen verstärkte gegenläufige Tendenzen entgegen: Insbesondere ist dies die rasche Entwicklung der Kommunikations- und Informationstechniken, vor allem ein forcierter Ausbau der „neuen Medien“ aus primär kommerziellem Interesse. Auf die Zunahme der Freizeit hat sich eine florierende Freizeit- und Medienindustrie mit einem breiten Konsumangebot eingestellt. Etwa 40 Prozent der Freizeit an Werktagen und 50 Prozent an Wochenenden dient bereits heute der Fernsehnutzung¹¹⁾. Ganz überwiegend von Gewaltdarstellungen wird nach Angaben der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften der in den letzten Jahren stark expandierende Markt bespielter Videokassetten beherrscht¹²⁾. Starke Bestrebungen, die Verkabelung der Bundesrepublik voranzutreiben und die Techniken des Kabel- und Satellitenfernsehens für eine Ausweitung des Programmangebots durch Zulassung privater Anbieter zu nutzen, dürfte nach bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern im Endeffekt nicht nur den Fernsehkonsum (zumindest bei Kindern) erhöhen, sondern auch zu einer Verflachung des gesamten Angebots führen, wenn nicht unterschiedene Vorkehrungen getroffen werden.

Auf erwartete negative kulturelle Auswirkungen einer den passiven Medienkonsum ver-

stärkenden Entwicklung der neuen Medien haben der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Städtetag und die Enquête-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestages nachdrücklich hingewiesen. Letztere verweist in ihrem Zwischenbericht auf die Gefahr, daß die für einen lebendigen Kulturprozeß notwendige personale Kommunikation durch technisch vermittelte Kommunikation verdrängt und die eigene Erfahrung zunehmend durch die Übernahme fremder Erfahrungsinhalte ersetzt werde: „Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken können zu einem Abbau direkter zwischenmenschlicher Kommunikation und kultureller Aktivitäten führen. Ein vermehrtes Medienangebot, wie zum Beispiel über Lokalfernsehen oder Videoprogramme, kann die Tendenz zu passivem Medienkonsum am heimischen Bildschirm verstärken. Ein solcher Rückzug in die Privatheit müßte zum Abbau des öffentlichen Kulturangebots führen.“ Daher müßten in gleichem Maße, in dem die technikgestützte Kommunikation gefördert wird, auch die „lebendigen“ Formen personaler Kommunikation gefördert werden (zum Beispiel „Kulturangebote, Breitenkultur, Entwicklung des kulturellen Milieus, Kultur- und Kommunikationszentren“¹³⁾. Die Sicherung des öffentlichen kulturellen Lebens müsse gegebenenfalls auch unter Einschränkung der Geschwindigkeit des Wachstums der Informations- und Kommunikationstechniken in einigen Bereichen gesichert werden¹⁴⁾. Da die Ausweitung des Programmangebotes durch private Anbieter als beschlossen gilt, richtet sich das Interesse verstärkt auf die Inhalte geplanter Mediengesetze. So soll ein dem Programm der öffentlich-rechtlichen Anstalten vergleichbare Programmstruktur gewährleistet werden, besonders auch bei der Herstellung lokaler Programme, bei denen den lokalen Bildungs- und Kultureinrichtungen eine wesentliche Bedeutung zukommen soll¹⁵⁾. Der Deutsche Kulturrat fordert eine Verpflichtung zur Ausstrahlung kultureller Sendungen und dabei einen angemessenen Anteil von Eigen- und Auftragsproduktionen unter entsprechender Berücksichtigung der kreativen einheimischen Kräfte sowie der einheimischen Kulturwirtschaft, allerdings auch eine verstärkte internationale Pro-

⁹⁾ Deutscher Städtetag, (Anm. 5), S. 142 f.

¹⁰⁾ Vgl. B. Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteidemokratie, Stuttgart 1980; H. Klages/P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979.

¹¹⁾ W. Neumann-Bechstein, Freizeit und Medien — Neue Trends, ungewisse Perspektiven?, in: Media Perspektiven, (1984) 3, S. 198.

¹²⁾ Vgl. auch Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Drucksache 9/2442, S. 139.

¹³⁾ Ebd., S. 123—125.

¹⁴⁾ Ebd., S. 125; vgl. „Kulturzerstörung?“, 10. Römerberggespräche in Frankfurt, hrsg. von H. Hoffmann, Königstein 1983.

¹⁵⁾ Deutscher Städtetag, Neue Medien und städtische Kultur- und Bildungsarbeit, 25. 11. 1983.

grammzusammenarbeit, vor allem im europäischen Bereich und mit der „Dritten Welt“¹⁶⁾.

Diese Forderungen basieren auf der internationalen Erfahrung, daß eine Vielzahl von Anbietern noch keineswegs zu einer Vielfalt des Programms führt, wenn (auch kulturelle) Neuproduktionen eingeschränkt werden, weil die Nutzung weltweit angebotener Lizenzen Kosten spart. Für die kommunale Kulturarbeit ergibt sich die Aufgabe, die Nutzung neuer Medien zu fördern, wo sie kreativer Tätigkeit dienen können, so zum Beispiel die Unterstützung von Video-Gruppen, die eigene Filme herstellen, und die Nutzung des Offenen Kanals. Um der Einseitigkeit des Marktes entgegenzuwirken, sollen öffentliche Bibliotheken und Bildstellen auch entsprechende Videokassetten bereitstellen¹⁷⁾. Die kulturpolitische Realität ist freilich, daß die Ankaufsmittel vieler Bibliotheken empfindlich gekürzt wurden. Während angesichts der gegebenen Situation und der dargestellten kulturellen Zielsetzungen Kunst- und Kulturförderung in allen Bereichen — und nicht zuletzt der Kunst- und Medienpädagogik — verstärkt werden müßten¹⁸⁾, werden im Hinblick

auf die angespannte Haushaltslage in vielen Kommunen und den meisten Bundesländern Mittel zur Kulturförderung gekürzt.

Daß es sich hier nicht um ein spezifisch deutsches Problem handelt, zumal aufgrund der dezentralen Förderungsstruktur die Ausgangslage in der Bundesrepublik noch relativ günstig ist, zeigt auch die „Bremer Erklärung“ (1983) auf der Ebene des Europarats¹⁹⁾. Darin rufen die bei der Bremer Konferenz versammelten Vertreter der Städte die Gemeinden auf, Kulturpolitik als vorrangige Aufgabe anzusehen und ihre Anstrengungen (auch in finanzieller Hinsicht) zu verdoppeln, und die Regierungen sollen sie dabei angemessen unterstützen: „Damit kulturelles Leben sich entfalten, Neuerungen entstehen und die kulturelle Demokratie entwickelt werden kann, ist es wesentlich, daß die Gemeinden kulturelle Vielfalt und Verschiedenartigkeit — von volkstümlichen Interessen bis zu denjenigen von Spezialisten und Eliten — bejahen. Es besteht ein dringender Bedarf an konkreten Programmen auf kommunaler Ebene, mit welchem dem vorherrschenden Medienkonsum entgegengewirkt werden kann.“²⁰⁾

II. Kulturpolitik zwischen Neuorientierung und Sparzwängen

Kann die hier erhoffte Bereitschaft erwartet werden, der Kulturpolitik Priorität einzuräumen? Hier stellt sich natürlich die Frage, inwieweit öffentliche Bekundungen von Politikern auf den verschiedenen Ebenen des politischen Lebens vornehmlich deklaratorischen Charakter haben oder tatsächlich die Bereitschaft ausdrücken, Kunst- und Kulturförderung im Sinne eines „neuen“ Kulturverständnisses im politischen Entscheidungsprozeß verstärkt zur Geltung zu bringen. Erst seit Anfang der achtziger Jahre wird Kulturpolitik der Länder nicht mehr fast ausschließlich als Schul-, Hochschul- und Wissenschaftspolitik wahrgenommen (für den Schul-, Hochschul- und Forschungsbereich gaben die Länder 1980 53,83 Mrd. DM aus, für „Kunst- und Kulturpflege“ 2,29 Mrd. DM)²¹⁾. Charakteristisch für die zurückliegenden Jahre und auch heute noch keine Ausnahme ist beispielsweise die Erklärung von Kultusminister Göl-

ler zum Abschluß der kulturpolitischen Haushaltsdebatte 1984 im Landtag von Rheinland-Pfalz: „Wir haben heute über den dritten Bereich in meinem Ressort überhaupt nicht geredet; ich will ihn wenigstens hier anführen. Es handelt sich um die Kunst und die Kulturförderung.“²²⁾

In den Landtagen zeigt sich seit einigen Jahren ein deutlicheres Interesse an Fragen der Kunst- und Kulturförderung. Besonders durch Große Anfragen in mehreren Landesparlamenten sowie im Bundestag wurden die Regierungen zu umfangreichen Berichten veranlaßt, in denen auch konzeptionelle Überlegungen ihren Platz fanden und an die sich ausführliche Debatten anschlossen. Auch bei den Haushaltsberatungen erhalten kunst- und kulturpolitische Fragen zunehmendes Gewicht²³⁾. Der Situation in den Kommunen ver-

¹⁶⁾ Für ein kulturfreundliches Medienrecht! Erklärung des Deutschen Kulturrates — Sprechergremium — zur Mediengesetzgebung der Bundesländer, in: Bühnengenossenschaft, (1984) 2, S. 8 f. Etwa 140 kulturelle Verbände haben 1982 auf Bundesebene den „Deutschen Kulturrat“ gebildet.

¹⁷⁾ Vgl. Anm. 15.

¹⁸⁾ Ebd.; vgl. Anm. 60.

¹⁹⁾ Europarat, Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas/Rat für kulturelle Zusammenarbeit: Stadt und Kultur. Neue Antworten auf kulturelle Probleme. Bremer Erklärung, am 27. Mai 1983 einstimmig angenommen, Strasbourg 1983.

²⁰⁾ Ebd., S. 2.

²¹⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister, Kulturpolitik der Länder 1979—1981, Bonn 1982, S. 304.

²²⁾ Landtag Rheinland-Pfalz, PlPr 10/19, 17. 2. 1984, S. 1031.

²³⁾ Vgl. Anm. 26, 27, 29, 31.

gleichbar, gibt es zwischen den zuständigen Regierungsmitgliedern und Ministerialbeamten und dem kleinen Kreis interessierter Abgeordneter über die Parteigrenzen hinweg in der Regel ein bemerkenswertes Einverständnis in den Grundsätzen der Kunst- und Kulturförderung. Dieses findet seinen Ausdruck in der grundsätzlichen Bereitschaft zur Förderung kultureller Einrichtungen und freier Initiativen sowie kulturpädagogischer Bemühungen und kultureller Kooperation. Der Konsens im Grundsätzlichen wird auch von den Sprechern der Fraktionen gern betont. Differenzen bestehen natürlich hinsichtlich der Gewichtung in der Förderungspraxis und der Einschätzung der Zuständigkeiten von Ländern und Gemeinden. So unterscheidet sich das kulturpolitische Konzept der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen²⁴⁾ vom April 1981 in den Grundsätzen nicht wesentlich von dem im Mai 1981 vom „Minister für Wissenschaft und Kunst“ unterzeichneten Kulturförderungsprogramm. Dieses wird auch von R. Silkenbeumer, dem Sprecher der SPD-Opposition begrüßt, der Ministerpräsident Albrecht einen Hang zur Repräsentativkultur und entsprechende Einmischungen in das zuständige Ministerium vorwirft und ebenso wie die Sprecher der anderen Oppositionsfraktionen die Sparmaßnahmen in sensiblen Bereichen der Kunst- und Kulturpflege (Bibliotheken, Künstlerförderung etc.) und die mangelnde Standfestigkeit des Ministers gegenüber anderen Ressortinteressen kritisiert²⁵⁾. Auch in Baden-Württemberg wird das Kunstkonzept der Landesregierung von den Sprecherinnen der Oppositionsfraktionen gelobt, in der Praxis werden allerdings dann Konsequenzen im Bereich alternativer Kunst- und Kulturformen (Kulturzentren mit überörtlicher Bedeutung) gefordert²⁶⁾.

In Nordrhein-Westfalen beklagt der Sprecher der Regierungsfraktion (SPD), daß der Kulturhaushalt 1984 erneut „überrollt“ worden ist und kritisiert die mangelnde Standfestigkeit des zuständigen Ministers im Kabinett, der es hoffentlich in Zukunft nicht mehr nötig haben werde, „sich parlamentarische Lorbeeren an den Hut zu stecken“. Er zeigt sich dankbar für die „hochgradige Übereinstimmung“ zwischen

den Fraktionen der SPD und der CDU, deren Kulturpolitiker (bescheidene) Korrekturen durchsetzen konnten. Wie in Nordrhein-Westfalen, so hat es auch in anderen Ländern bei den jüngsten Haushaltsberatungen gemeinsame Vorstöße der Kulturpolitiker von Oppositions- und Regierungsfractionen gegeben, die z. B. zu einer leichten Anhebung der reduzierten Förderungsmittel für kommunale Theater und Bibliotheken führten²⁷⁾. Der Erfolg solcher Vorstöße in den eigenen Fraktionen zeigt immerhin, daß Kulturpolitiker bei entsprechendem Einsatz und öffentlicher Unterstützung in den Haushaltsberatungen nicht auf verlorenem Posten stehen müssen. Nach wie vor tun sich Kulturpolitiker im kommunalen Bereich wie auf Länderebene gleichwohl schwer damit, sich „gegen die Lobbies konkurrierender Ressorts durchzusetzen und drastische Kürzungen abzuwehren.“²⁸⁾

Diese nach wie vor bestehende Schwierigkeit, die Bedeutung der Kunst- und Kulturförderung im Kontext konkurrierender Interessen bewußtzumachen, kommt auch in der immer wieder in Debatten geäußerten Kritik zum Ausdruck, der zuständige Fachminister zeige zu wenig Rückgrat oder der kulturpolitische Sprecher der Oppositionsfraktion stehe mit seinem Plädoyer in der eigenen Fraktion auf verlorenem Posten²⁹⁾. Für den kommunalpolitischen Bereich hat der erfolgreiche Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann das freiwillige Zurückweichen von Kollegen kritisiert, „die aus Angst vor einer Nicht-Wiederwahl, vor lästigem Parteiärgern oder im Kotau von Kämmerern oder Verwaltungschefs von sich aus eilfertige Abbauvorschläge für ihre Ressorts unterbreiten“, anstatt um jede Mark zu kämpfen³⁰⁾.

In den Landtagsdebatten zeigen sich grundsätzliche Unterschiede auch zwischen den Kulturpolitikern der Parteien vor allem dort, wo es um die Wirkungsmöglichkeiten der Kulturpolitik und die Berücksichtigung der kulturellen Dimension im Kontext der Politikbereiche geht, so besonders bei der Einschätzung der kulturellen Auswirkungen der „neuen Medien“. Vergleichbare Äußerungen wie die der SPD-Abgeordneten Elisabeth Nill gab es in mehreren Debatten: „Was die Kunstpolitik der Landesregierung fördert, wird also

²⁴⁾ Minister für Wissenschaft und Kunst, Programm des Landes Niedersachsen zur Förderung des kulturellen Lebens, Hannover 1981; Kulturpolitik in Niedersachsen. Überlegungen und Anregungen, erarbeitet von Mitgliedern und Freunden der SPD-Landtagsfraktion, 1981.

²⁵⁾ Niedersächsischer Landtag, PIPr 10/42, 15. 2. 1984, S. 3772 ff.

²⁶⁾ Landtag von Baden-Württemberg, PIPr 8/62, 16. 3. 1983, S. 4905, 4909 (Abg. Nill, SPD; Abg. Mordo, GRÜNE. Vgl. PIPr 8/76, 9. 11. 1983, S. 6264 ff.

²⁷⁾ Landtag Nordrhein-Westfalen, PIPr 9/90, 8. 2. 1984, S. 5233 (Abg. Gerritz).

²⁸⁾ „Nicht Dekoration unseres Alltages, sondern geistiges Brot“, Gespräch mit H. Hoffmann, Kulturforum der Sozialdemokratie, in: Die Deutsche Bühne, (1984) 6, S. 17.

²⁹⁾ Z. B. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, PIPr 11/25, 15. 11. 1983, S. 1477 ff.

³⁰⁾ Die Deutsche Bühne, (1984) 6, S. 18.

die Medienpolitik derselben Regierung wieder zunichte machen.“³¹⁾ Solche kritischen Bezüge lassen erkennen, daß jedenfalls von einigen Kulturpolitikern die kulturell wirksamen Wechselbeziehungen politischer Entscheidungen zunehmend erkannt werden. Die Durchsetzungschancen kultureller Anliegen auf der Ebene politischer Entscheidungsinstanzen hängen auch von parteiinterner Überzeugungsarbeit und dem Stellenwert kultureller Tätigkeiten in der Parteipraxis ab.

Die Erfolge der GRÜNEN und Alternativen als Teil einer Kulturbewegung haben auch damit zu tun, daß die großen Parteien ihr „Innenleben“ über viele Jahre hinweg kulturell vernachlässigt haben. Inzwischen gibt es erste Ansätze, Versäumtes nachzuholen. So hat der Arbeitskreis „Kommunale Kulturpolitik“ beim Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. auf der Basis u. a. der Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände beachtliche und über die Partei hinaus weitgehend konsensfähige Thesen zur kommunalen Kulturpolitik (1981) vorgelegt, deren Wirkung auf die Praxis allerdings schwer einzuschätzen ist. Um der Unterschätzung der kulturellen Dimension in der Parteiarbeit entgegenzuwirken, hat der Parteivorstand der SPD im Juni 1983 das „Kulturforum der Sozialdemokratie“ ins Leben gerufen, das ein „Brückenpfeiler zwischen Politik und Kultur“ sein soll, wie der 1981 bestellte Kulturbeauftragte der SPD, Reinhold Schattenfroh, feststellt, der in einem 1982 vorgelegten kulturpolitischen Bericht ein solches Forum vorgeschlagen hatte³²⁾. Schattenfroh und Freimut Duve (als Stellvertreter) haben den Vorsitz des Vereins übernommen. Vorsitzender des Kuratoriums, dem neben führenden Politikern auch eine Reihe hochangesehener Künstler und Wissenschaftler (auch ohne Parteibuch) angehören, ist Hilmar Hoffmann. Der Parteivorstand soll in jeder Amtsperiode mindestens einmal mit dem Kuratorium über Kulturpolitik diskutieren, daraus „Folgerungen ziehen für die eigene Arbeit und die Kommunikation zwischen Kultur und Politik auf diese Weise wieder kontinuierlich herstellen.“³³⁾ Anlaß für die Einrichtung ist ein-

³¹⁾ Landtag von Baden-Württemberg, PlPr 8/76, 9. 11. 1983, S. 6268. Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, PlPr 11/25, S. 1477 (H. Schurhardt).

³²⁾ R. Schattenfroh, Ziele und Aufgaben eines Kulturforums der SPD, in: Die Neue Gesellschaft, (1983) 5, S. 468ff.; Vorstand der SPD, Bericht des Beauftragten des Parteivorstandes für Kulturpolitik (R. Schattenfroh), vorgelegt am 19. 11. 1982.

³³⁾ Willy Brandt zur Eröffnung der Kuratoriumssitzung, 23. 6. 1983, in: Sozialdemokraten, Service (Presse, Funk, TV), (1983) 401.

mal, daß der Kontakt zu Künstlern und Wissenschaftlern im politischen Alltagsgeschäft vernachlässigt worden ist und Kulturpolitik überwiegend von Amtsträgern in der Exekutive, allenfalls noch von den Fraktionen und Stadträten gemacht wurde, kaum mehr von eigentlichen Parteigremien³⁴⁾. Diese Vernachlässigung der „Parteikultur“, besonders auch in den Ortsvereinen, gilt als eine Ursache für die Schwierigkeiten bei der Behauptung kultureller Interessen, wenn es um die Verteilung knapper gewordener Finanzmittel geht. Willy Brandt, der sich als Parteivorsitzender für dieses Forum eingesetzt hat, sieht hier „deutliche Lücken“, doch habe die Partei nun Kulturpolitik und Kulturarbeit wieder als zentralen Orientierungspunkt für die Gesamtpartei erkannt. Brandt geht vor dem Kuratorium von einem weiten Kulturverständnis aus, wonach Kultur „alle schöpferischen Äußerungen des Menschen“ umfaßt, vom „Alltagsverhalten bis zu den Spitzenleistungen in Wissenschaft und Kunst“, und er sieht das Aufgreifen von kulturell bedeutsamen „Zukunftsthemen“ als Aufgabe des Forums³⁵⁾. In Gesprächen von engagierten Parteivertretern mit Künstlern und Wissenschaftlern und eng orientiert an den tatsächlichen Interessen der Bevölkerung sollen kulturelle Engpässe aufgespürt, tradierte Verkrustungen analysiert und beide korrigiert³⁶⁾ sowie schließlich ein kulturpolitisches Programm erarbeitet werden.

Ähnlich wie bei den Parteien sind auch bei den Gewerkschaften kulturelle Defizite in der eigenen Arbeit erkannt und ist über Abhilfe nachgedacht worden. Im Zusammenhang mit dem neuen Grundsatzprogramm hat der DGB „Vorstellungen zur Kulturpolitik und Kulturarbeit“ auf der Grundlage eines weiten Kulturverständnisses entwickelt. Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik müsse der schöpferischen Entfaltung des Menschen dienen³⁷⁾. Die vom Städtetag verbreitete konsensfähige Formel der „kulturellen Vielfalt“ und der gleichgewichtigen Förderung unterschiedlicher Ansätze, von den künstlerischen Spitzenleistungen bis hin zu soziokulturellen Aktivitäten, wird vom DGB aufgenommen; dabei werden kulturpädagogische Bemühungen besonders hervorgehoben. Die Zielsetzungen dieses Programms zusammenfassend, forderte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftstag der Ge-

³⁴⁾ R. Schattenfroh (vgl. Anm. 32).

³⁵⁾ W. Brandt (wie Anm. 33).

³⁶⁾ H. Hoffmann (Anm. 28), S. 19.

³⁷⁾ Vorstellungen des DGB zur Kulturpolitik und Kulturarbeit, hrsg. von DGB-Bundesvorstand, Frankfurt 1981.

werkschaft Kunst (1983), „in der gegenwärtigen schwierigen finanziellen Situation die Kulturetats nicht zu kürzen, sondern durch entsprechende Etatgestaltung die erforderlichen Mittel für den Erhalt der Kultureinrichtungen und die Verstärkung kultureller Breitenarbeit sicherzustellen“³⁸⁾.

Ziel der gewerkschaftlichen Kulturarbeit sei es, zur allseitigen Entfaltung der geistigen und sinnlichen Fähigkeiten der Arbeitneh-

mer beizutragen. Umfang und Qualität kultureller Aktivitäten hätten an der gewerkschaftlichen Basis zugenommen, doch fehle es noch an der Unterstützung durch die Kreisvorstände. DGB-Landesbezirksvorstände und Kreisvorstände werden daher aufgefordert, Kulturpolitik als Teil der Gewerkschaftspolitik stärker als bisher zu ihrer Aufgabe zu machen. Zu ihrer Unterstützung sollen sie „Arbeitskreise Kulturpolitik“ bilden³⁹⁾.

III. Kunst- und Kulturförderung als Pflichtaufgabe

Mit der Forderung, Kulturförderung als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand zu begreifen, schließt sich der DGB den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände an, die inzwischen auch Unterstützung von Verfassungsjuristen erhalten. Das Anwachsen der fachwissenschaftlichen Literatur zum Kulturverfassungsrecht und zum Thema „Kulturstaat“ sind Ausdruck zunehmenden Interesses: „Kulturauftrag im Verfassungsstaat“ war auch das Thema der letzten Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (1983).

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erschöpft sich die Gewährleistung der Kunstfreiheit im Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes nicht in der Abwehr staatlicher Eingriffe, sondern fordert auch gestaltendes Handeln des Staates. Dies entspricht der tatsächlichen Förderungspraxis und dem immer häufiger betonten Verständnis der Bundesrepublik als „Kulturstaat“: „Als objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst stellt (diese Verfassungsnorm) dem modernen Staat, der sich im Sinne einer Staatszielbestimmung als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern.“⁴⁰⁾ Daraus läßt sich die Verpflichtung der öffentlichen Hände ableiten, unter Wahrung künstlerischer Freiheit Kunst und Kultur im Interesse einer Teilhabe und Teilnahme möglichst vieler Bürger zu fördern. In diesem Sinne sollte statt von „Kulturstaat“ von „kultureller Demokratie“ gesprochen werden, um die staatliche Förderungsverpflichtung besser mit dem gewandelten Interesse an einer „Kultur für, mit und von allen“⁴¹⁾ zum Ausdruck bringen.

Um den kulturellen Auftrag des Gesamtstaates zu verdeutlichen, soll nach den Vorstellungen einer vom Bundesjustizminister eingesetzten Kommission die Staatszielbestimmung in das Grundgesetz (Art. 20 und 28) aufgenommen werden, daß die Bundesrepublik

Deutschland „die Kultur und die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen“ schützt und pflegt und entsprechend die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern gestaltet sein soll⁴²⁾. In den meisten Landesverfassungen gibt es solcherart verpflichtende Bestimmungen bereits. So heißt es ausdrücklich in den Verfassungen Bayerns (Art. 140) und Nordrhein-Westfalens (Art. 18), daß Kunst, Kultur und Wissenschaft durch Land und Gemeinden zu fördern sind.

Die Gemeindeordnungen enthalten entsprechend zu interpretierende Bestimmungen. Während die Länder auf ihrer „Kulturhoheit“ gegenüber dem Bund beharren, betonen die Gemeinden ihre kulturelle Eigenständigkeit und kulturpolitische Kompetenz gegenüber den Ländern, wobei auch vergleichbare Argumente eine Rolle spielen. Dabei berufen sie sich auf Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes, wonach die Kommunen „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung“ regeln. Im Hinblick darauf wird neuerdings auch von angesehenen Verfassungsjuristen besonders die gleichberechtigte, „originäre“ kulturelle und kulturpolitische Kompetenz hervorgehoben, da durch solche Aktivitäten vor Ort kulturelle Vielfalt (und damit in gewisser Weise auch die Gewährleistung der Kunstfreiheit) wie auch kulturelle Beteiligung am besten gewährleistet sind⁴³⁾. Daß mit der deutlichen Betonung dieser Kompetenz auch entsprechende Verpflichtungen für die Gemeinden bestehen, darauf weist der Deutsche Städte-

³⁸⁾ Ebd., S. 11 ff.

³⁹⁾ Ebd., S. 21.

⁴⁰⁾ BVerfGE 36, 321 (331).

⁴¹⁾ Vgl. Anm. 2 und 5; H. Hoffmann, Kultur für alle, Frankfurt 1981².

⁴²⁾ Vgl. U. Steiner/D. Grimm, Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen, Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, (1984) 42.

⁴³⁾ Z. B. P. Häberle, Kulturpolitik in der Stadt. Ein Verfassungsauftrag, Hamburg 1979.

tag die Städte gerade auch im Hinblick auf die Spardebatte in den Gemeinden nachdrücklich hin. Dieses Engagement des Deutschen Städtetages hängt auch mit der Einsicht zusammen, daß der größte Teil der Kulturarbeit nicht durch Landesgesetze geregelt ist und der kulturpolitische Entscheidungs- und Handlungsspielraum noch als Kernbereich kommunaler Selbstbestimmung bewahrt werden konnte⁴⁴⁾.

Eine die Vielfalt und innovative Phantasie ermöglichende und anregende Kulturpolitik der Städte setzt ein besonderes Maß an Gestaltungsfreiheit voraus. Eingriffe durch landesgesetzliche Regelungen können nach Ansicht des Städtetages nur dann auf Dauer verhindert werden, wenn die Gemeinden zu kontinuierlichem kunst- und kulturpolitischen Engagement bereit sind und Kulturförderung nicht als freiwillige, sondern als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung greifen. Bei einer Verknappung der Finanzmittel besteht sonst die Gefahr, daß zunächst hier Mittel eingespart werden. Diese Auffassung vertreten die Kulturpolitiker des Deutschen Städtetages auch in ihrer jüngsten Stellungnahme mit Nachdruck: Kulturausgaben belasten den Gesamthaushalt in sehr geringer Weise und eignen sich schon deshalb „nicht zum Speckpolster für magere Jahre“. „Die be-

stehende Vielfalt an Theatern, Orchestern, Museen, Bibliotheken und Volkshochschulen ist vielmehr zu einem zentralen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge geworden. Sie darf auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht aufs Spiel gesetzt werden.“⁴⁵⁾

Ernst Pappermann hat mit seiner — vor allem auf die Arbeiten von Peter Häberle gestützten — Auffassung Beachtung gefunden, daß Selbstverwaltungsaufgaben auch ohne gesetzliche Regelung zu Pflichtaufgaben werden, wenn dies der übereinstimmenden Auffassung (communis opinio) der Gemeindebürger entspricht⁴⁶⁾. Ein entsprechend gewachsenes kulturelles Interesse zeigt der große Zulauf zu den Museen, Bibliotheken und zum Musiktheater, aber auch das vielfältige Engagement sozialkultureller Bürgerinitiativen. Nach diesem Verständnis der Kulturförderung als „Pflichtaufgabe“ bleibt es den Gemeinden überlassen, wo und wie sie ihre Schwerpunkte setzen. Sie sind aber verpflichtet, dem Demokratieprinzip gemäß und im Interesse der Kunstfreiheit den Grundsatz der kulturellen Vielfalt zu beachten. Konkret bedeutet dies, daß je nach Finanzkraft und Größe der Kommunen unterschiedliche traditionelle und neue kulturelle Einrichtungen, aber ebenso freie Initiativen und Vereine wie auch musisch-kulturelle Bildung und Animation zu fördern sind.

IV. Traditionelle und neue Aufgaben der Kunst- und Kulturförderung

Die Gesamtausgaben für Kunst- und Kulturförderung betragen 1981 DM 4,81 Milliarden, das sind also nur etwa ein Prozent der gesamten Staatsausgaben: Die Gemeinden waren mit 56 Prozent an diesen Ausgaben beteiligt, der Anteil der Länder (einschließlich der Stadtstaaten) betrug 42 Prozent und jener des Bundes 2,4 Prozent⁴⁷⁾.

Länder und Gemeinden sind in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich beteiligt. So entfallen von den Nettoausgaben für kulturelle Angelegenheiten (1979) in Bayern 59,7 Prozent auf das Land und 40,3 Prozent auf die Gemeinden, während in Nordrhein-Westfalen die Gemeinden mit einem Anteil von 80,3 Prozent ganz eindeutig dominieren⁴⁸⁾. Grundsätzlich gilt, daß die Länder für die überörtlichen kulturellen Aufgaben zuständig sind. Da die größeren Städte mit ihrem kulturellen Angebot auch die Bewohner des Umlandes versorgen, leiten sie den Anspruch auf finanzielle Förderung durch das Land ab. Angesichts knapper eigener Finanzmittel und

teilweise einschneidender Kürzungen der Zuweisungen durch die Länder werden Forderungen der Gemeinden gegenüber den Ländern mit wachsender Entschiedenheit vorgebracht, und dabei erhalten die Gemeinden auch zunehmend Unterstützung von kulturell engagierten Parlamentariern⁴⁹⁾. Soweit zweckgebundene Zuweisungen für bestimmte kulturelle Einrichtungen oder Aktivitäten der

⁴⁴⁾ Deutscher Städtetag, *Starke Städte — Lebendige Demokratie*, Stuttgart 1979, S. 261.

⁴⁵⁾ Deutscher Städtetag, (Anm. 5), S. 144f.

⁴⁶⁾ E. Pappermann, *Grundzüge eines kommunalen Kulturverfassungsrechts*, in: DVBL, 1./15. September 1980, S. 705.

⁴⁷⁾ *Öffentliche Ausgaben für Kunst und Kulturpflege*, Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz (Okt. 1983).

⁴⁸⁾ J. Grabbe, *Finanzierung kultureller Aufgaben*, in: E. Pappermann/P. Mombauer/Blank, *Kulturarbeit in der kommunalen Praxis*, Stuttgart 1984, S. 12ff.

⁴⁹⁾ Vgl. *Gemeindefinanzbericht 1983 und 1984*, in: *Der Städtetag*, (1984) 2, S. 81ff.

Kommunen mit detaillierten Verwendungsaufgaben verbunden sind, stößt dies bei den kommunalen Verbänden auf Kritik. Nach E. Pappermann sollte angestrebt werden, daß der pauschale Verwendungszweck „kommunale Kulturarbeit“ ausreicht, doch ist die Durchsetzung dieses Ziels derzeit eher noch schwieriger geworden⁵⁰⁾.

Zentren des kulturellen Lebens sind in vielen Städten nach wie vor die Theater, die ja meist als Mehrspartenbetriebe geführt werden und auch herausragende Bedeutung für die Musikultur vieler Städte haben (in 74 Gemeinden gibt es zur Zeit [1982/83] 84 öffentliche Bühnenbetriebe mit eigenem Ensemble, die an 258 Spielstätten Vorstellungen anbieten). Die Besucherzahlen sind derzeit etwa konstant: Über 19 Millionen waren es 1982/83. Der oft beklagte hohe Anteil der Theaterausgaben an den Kulturausgaben der Städte hat sich zugunsten anderer Aktivitäten etwas verringert (1982: 36,4 Prozent), ist aber nach wie vor beträchtlich (in kleineren Städten kann dies ein Anteil von etwa zwei Drittel des Kulturhaushalts sein). Insgesamt betragen die öffentlichen Zuweisungen an die Theater zur Zeit 1,59 Milliarden DM⁵¹⁾. Die Verpflichtung zur Unterhaltung eines kommunalen Theaters ergibt sich aus der Sicht des Städtetages für größere Städte aus der Erwartung der Bürger und dem kulturellen Selbstverständnis der Städte.

Das finanzielle Engagement der Länder für Theaterförderung ist unterschiedlich und hängt wesentlich davon ab, ob ein Land eigene Staatstheater unterhält. Insgesamt beteiligen sich die Länder derzeit mit durchschnittlich 43 Prozent an den laufenden Zuschüssen, wobei der Anteil Bayerns und Niedersachsens überdurchschnittlich hoch liegt (52 bzw. 68 Prozent), während Nordrhein-Westfalen nur 12 Prozent übernimmt. In Bayern, das zur Zeit 125,5 Millionen DM aufwendet, kommt allerdings der überwiegende Teil den drei Staatstheatern in München zugute, bei den kommunalen Theatern schwanken die Zuschüsse zwischen 30 und 40 Prozent des Zuschußbedarfs; weitere Kürzungen haben die Landtagsfraktionen mit Erfolg verhindert⁵²⁾. In Nordrhein-Westfalen, das unter Berufung auf höhere Gesamtzuweisungen die Finanzierung der Theater weitgehend den Städten überließ und sich erst seit 1975 stär-

ker engagierte, sind 1982 die Mittel drastisch gekürzt und seither nicht mehr angehoben worden, was die Tendenz zu teilweise existenzgefährdenden Kürzungen der kommunalen Theaterhaushalte verstärkte⁵³⁾. Nicht zuletzt aufgrund einer entschiedenen Stellungnahme des Städtetages haben sich die Landtagsfraktionen auf eine Entschließung geeinigt, daß die Förderungsmittel schrittweise auf das Niveau von 1981 angehoben werden sollen⁵⁴⁾. Unterstützt durch öffentlichen Protest wehren sich Kulturpolitiker von Ländern und Gemeinden also nicht ohne Erfolg gegen Bestrebungen, besonders im Bereich der Kunst- und Kulturförderung Mittel zu kürzen. Besonders gefährdet sind die nach wie vor bescheidenen Mittel für Künstlerförderung und alternative Kulturarbeit. Engagierte Kulturpolitiker konnten aber auch plausibel machen, daß vor allem kurzfristig vorgenommene Reduzierungen bei den kulturellen Einrichtungen rasch zu einem Substanzverlust und beträchtlichen Qualitätseinbußen führen. Dies kann beim Theater bei scheinbar geringfügigen Kürzungen von 5 bis 10 Prozent in einem Jahr der Fall sein⁵⁵⁾. Da nämlich der größte Teil des Personals (Chor, Orchester, Verwaltung) tarifvertraglich gesichert ist, können diese Mittel kurzfristig nur durch Nicht-Verlängerung der meist kurzen Verträge von Solokünstlern oder — wie dies in der letzten Spielzeit geschehen ist — im relativ kleinen Sachkostenbereich eingespart werden.

Qualitätseinbußen sind auch bei anderen kulturellen Institutionen zu befürchten. In der Bundesrepublik gibt es eine reichhaltige Museumslandschaft, in der nun auch Sammlungen zur Industrie- und Alltagskultur ihren Platz haben sollen⁵⁶⁾. Die Städte gaben 1981 für Museen 459 Millionen DM aus, die Länder 320 Millionen. Seit den siebziger Jahren wird im Zusammenhang mit dem sich wandelnden Kulturverständnis mehr Wert auf bessere Vermittlung und museumspädagogische Dienste gelegt. Auch der große Besucherstrom (1981: 54 Millionen) sollte die politischen Entscheidungsträger darin bestärken, diesen Prozeß fortzusetzen. Gerade jene

⁵³⁾ Städtetag Nordrhein-Westfalen, Haushaltsplanung 1984 des Landes NRW, hier: Theaterfinanzierung (Nov. 1983).

⁵⁴⁾ Beschlußempfehlung und Bericht des Kulturausschusses: Erhaltung der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 9/3090.

⁵⁵⁾ M. Beilharz, in: Unser Land braucht starke Städte, (Anm. 5), S. 162f.

⁵⁶⁾ H. Glaser, Industriekultur und demokratische Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41—42/81.

⁵⁰⁾ E. Pappermann, (Anm. 46), S. 710.

⁵¹⁾ Deutscher Bühnenverein, Theaterstatistik 1982/83.

⁵²⁾ Bayerischer Landtag, PlPr 10/15, 24.3. 1983, S. 687; Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses, Drucksache 10/472.

neuen Formen der Präsentation und der museumpädagogischen Dienste sind aber durch Sparmaßnahmen besonders gefährdet⁵⁷⁾.

Geradezu dramatisch hat sich in manchen Bereichen die Situation der öffentlichen Bibliotheken zugespitzt, die sich in den siebziger Jahren oft zu einer Stätte der Begegnung weiterentwickelt haben. Seit der Vorlage des Bibliotheksplans 1973, dessen Zielsetzungen aus heutiger Sicht euphorisch erscheinen mögen, ist der qualifizierte Ausbau bestehender und der Aufbau zahlreicher neuer und attraktiver Bibliotheken erfolgt⁵⁸⁾. Die Gesamtaufwendungen liegen etwa viermal so hoch wie 1973. Einschneidende Sparmaßnahmen seit 1981 haben jedoch zu einer oft drastischen Kürzung der Anschaffungsmittel geführt, wodurch die Bibliotheken rasch ihre Aktualität und damit Attraktivität verlieren⁵⁹⁾. Betroffen ist natürlich auch der nötige Ausbau neuer Dienste (Videothek). Darauf weist der Städtetag in seinem Appell an das Land Nordrhein-Westfalen hin, das die Zuschüsse an die Kommunen von 8,1 Millionen DM (1980) auf 2,6 Millionen (1983) reduziert hatte. Aufgrund eines gemeinsamen Antrags von SPD und CDU wurden die Mittel dann für 1984 auf drei Millionen DM erhöht⁶⁰⁾. Ähnliche gemeinsame Vorstöße gab es auch in anderen Bundesländern, wobei es sich meist um bescheidene Korrekturen handelte, mit denen aber doch ein Signal gesetzt wurde. Immerhin zeigt dies, daß jedenfalls bei Kulturpolitikern aller Parteien die Privatisierungsideen des Schweizer Finanzwissenschaftlers Guy Kirsch auf Ablehnung stoßen, der auf einem Forum der CDU Widerspruch mit der Forderung erntete, man solle die Kunst dem freien Markt überlassen⁶¹⁾. In allen kulturellen Einrichtungen gibt es auch die den allgemeinen Zugang erschwerende Tendenz, Eintrittspreise und Benutzergebühren einzuführen oder zu erhöhen, was bei manchen Bibliotheken zu einem

merklichen Rückgang der Ausleihen geführt hat.

In diesem Zusammenhang kann auf drei Aspekte der „Spardiskussion“ im kulturellen Bereich nur kurz hingewiesen werden:

1. Der Druck von Sparmaßnahmen kann auch den Spielraum von Intendanten einengen, natürlich auch den der Ensemblemitglieder, die von dem ggf. eingeräumten Mitwirkungsrecht (mit Rücksicht auf Vertragsverlängerungen möglicherweise vorsichtiger Gebrauch machen⁶²⁾).

2. Um Unterstützung in der politischen Auseinandersetzung auch bei jenen zu finden, bei denen andere Motivationen fehlen, werden Auswirkungen der öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur auf den Arbeitsmarkt und ihre ökonomisch stimulierende Wirkung hervorgehoben, so vom Präsidenten des Deutschen Musikrates, Richard Jakoby⁶³⁾. Besonders wird auf die Wechselwirkung zwischen der kulturellen Ausstrahlung einer Stadt und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hingewiesen⁶⁴⁾.

3. Wachsamkeit ist bei der gern geübten Praxis geboten, Kürzungsvorschläge im Bereich der kulturellen Einrichtungen mit Hinweisen auf bekannte Strukturprobleme (z. B. mangelnde Flexibilität großer Theaterapparate) zu verknüpfen, so zum Beispiel die Arbeit freier Theatergruppen gegen die Stadttheater auszuspielen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Bürgerinitiativen im sozialkulturellen Bereich tätig sind⁶⁵⁾. Von diesen vielfältigen, in unterschiedlichen Bereichen engagierten kulturellen Initiativen, freien Gruppen und Vereinen verstehen sich viele insofern als „alternativ“, als sie frei von politischen und institutionellen Rücksichten ihre kommunikativen und kreativen Fähigkeiten entwickeln und an der Gestaltung ihrer Umwelt teilnehmen wollen. Deren kulturelle Bedeutung wurde von den Gemeinden zunehmend erkannt und dabei wurden die vielerorts auch zuvor schon bestehenden Ver-

⁵⁷⁾ Hinweise des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages für die „Städtische Museumsförderung“, 27. 12. 1983; H. Borger, in: Deutscher Städtetag, (Anm. 5), S. 169; Noch immer seien viele Museen „Kramläden, in denen die Sachen und Kunstwerke mehr ab- als ausgestellt werden.“

⁵⁸⁾ Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik (Bibliotheksplan) 1973; Bibliotheksplan 1973, Eine Bilanz nach zehn Jahren, in: Buch und Bibliothek, (1982) 7/8, S. 555 ff.

⁵⁹⁾ Mut zur Zukunft?, in: Buch und Bibliothek, (1983) 7/8, S. 575 ff.

⁶⁰⁾ Städtetag Nordrhein-Westfalen, Stellungnahme vom 4. 11. 1983; Landtag Nordrhein-Westfalen, 9. WP, 19. 1. 1984, Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß: Bericht des Kulturausschusses.

⁶¹⁾ Kultur für die Stadt — Chancen und Grenzen bei knappen Kassen, Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus, 1982, S. 19.

⁶²⁾ Vgl. Umfrage des Deutschen Bühnenvereins über Mitsprache und Mitbestimmung an den Deutschen Theatern (1980). Bei einer Umfrage unter 142 Theatern antworteten 124, davon hatten 55 ein Organ der Mitsprache, zwei der finanziellen Mitbestimmung.

⁶³⁾ R. Jakoby, Musikkultur als Wirtschaftsfaktor — Musikwirtschaft als Kulturfaktor, in: Musik und Bildung, (1983) 2, S. 4 ff.; Jakoby stützt sich auf die Arbeit von K. Fohrbeck und A. Wiesand, Musik, Statistik, Kultur, Köln 1982.

⁶⁴⁾ G. Gebauer, in: Deutscher Städtetag, (Anm. 5), S. 154.

⁶⁵⁾ Vgl. die Dokumentationen der Stiftung „Die Mitarbeit“ (Heiligenhaus), z. B. „Bürgerarbeit“, Heiligenhaus 1979.

eine (z. B. Musikverein, Laienchor etc.) neu „entdeckt“. Insgesamt gesehen werden seit den siebziger Jahren die von Institutionen unabhängigen künstlerischen Arbeiten (Kunst- und Musikvereine, freischaffende Künstler), aber auch „alternative Kulturangebote“ wie Stadtteilstage, Jazz- und Rockmusik, Kultur- und Kommunikationszentren, Filmclubs etc. stärker gefördert. Allerdings ist zum einen das kulturpolitische Engagement der Gemeinden sehr unterschiedlich, zum anderen gibt es deutliche Anzeichen, daß bei den bestehenden finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen hier zuallererst Mittel eingespart werden, obwohl der Anteil für neue Ansätze der Kulturarbeit am gesamten Kulturhaushalt meist sehr gering ist (ein bis zwei Prozent). (Der Anteil für die Privattheater und freien Theatergruppen zusammen beträgt nur drei Prozent der gesamten öffentlichen Zuschüsse fürs Theater⁶⁶.) Erst nach und nach sind einige Städte dazu übergegangen, eigene Haushaltstitel für die Förderung von Initiativen und Vereinen einzuführen, um kontinuierlicher und flexibler fördern zu können. Da die Förderung das Eigenengagement voraussetzt und nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ erfolgt, konnten mit vergleichsweise bescheidenen Förderungsmitteln in manchen Städten vielfältige Aktivitäten unterstützt und ermuntert werden. (Eine wichtige Hilfe leisten die Kulturämter einiger Städte durch Information und Vermittlungstätigkeit, z. B. durch Dokumentation von Gruppen und nichtkommunalen Einrichtungen.) Die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchardt hat angesichts des Vorwurfs, sie bevorzuge die alternative Stadtteilkultur (für die ca. 1,5 Prozent des Kulturhaushalts verwendet werden), die Proportionen des Kulturhaushalts veranschaulicht: „94 Prozent des Kulturhaushalts — auch heute noch — gehen in Theater, Museen, Musikhalle, Büchereien, Denkmalschutz, preußischen Kulturbesitz — im wesentlichen eben in die großen Organisationen. Die restlichen sechs Prozent — also diese berühmten freien Mittel — decken den gesamten anderen Bereich kulturpolitischer Aktivitäten ab. Das sind: die bildende Kunst, die Künstlerförderung, das Kunsthaus, der Kunstverein, ‚Fabrik‘ und ‚Markthalle‘, Frauenkultur, Literaturaktivitäten, Kulturprogramme, Kunst im öffentlichen Raum, musikalische Veranstaltungen im E- und U-Bereich, Hamburger Symphoniker, das Konservatorium in Blankenese. Die Stadtteilkultur, die Museumspädagogik, die Privat-

museen, das Kommunale Kino, das Filmmodell, die freien Gruppen, die Stadtteilbespielung und die Schauspielschulen.“⁶⁷)

Wo Initiativen und Vereine direkte Zuschüsse für Veranstaltungen etc. beantragen, ergeben sich selbstverständlich Bewertungsprobleme. Die Befürchtung, daß solche Initiativen in Abhängigkeit geraten und bei finanziellen Schwierigkeiten versucht sein könnten, sich durch politisches Wohlverhalten als förderungswürdig zu erweisen, ist gewiß nicht unbegründet. (Manche Initiativen verzichten daher auch freiwillig auf öffentliche Zuwendungen.) Es werden deshalb u. a. von der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ andere Formen der Unterstützung bevorzugt und neben der direkten Förderung auch praktiziert: so z. B. die Bereitstellung von Musikinstrumenten, Video- und Filmausrüstungen etc. und natürlich insbesondere von Übungs- und Veranstaltungsräumen⁶⁸).

In größeren Städten hängen solche kulturpolitischen Bemühungen mit der zunehmenden Einsicht in die Bedeutung dezentraler, stadtteilbezogener Kulturarbeit zusammen. Inzwischen gibt es in zahlreichen Städten Kultur- und Kommunikationszentren, die in leerstehenden Werkstätten, Lagerräumen, renovierungsbedürftigen Wohnhäusern etc. eingerichtet wurden. Besonders bewährt haben sich kulturelle Kleinzentren in den Stadtteilen. Träger sind gelegentlich die Gemeinden, zumeist aber Vereine, die aus Bürgerinitiativen hervorgegangen sein können und gegebenenfalls durch die Stadt unterstützt werden. So hat die Stadt Hamburg 1979 einen Haushaltstitel „Förderung sozialkultureller Stadtteilzentren“ eingerichtet. Eine Reihe von Kulturhäusern ist inzwischen entstanden. Als Förderungskriterien werden genannt: Die beabsichtigten Maßnahmen sollen das kulturelle Leben der Stadt bereichern; Eigenaktivität der Gruppen soll schon erkennbar sein; durch die Aktivitäten soll die Kommunikation zwischen einzelnen und Gruppen im Stadtteil gefördert werden; vor allem sollen die Maßnahmen nicht auf Vereins- oder Gruppenmitglieder beschränkt bleiben, sondern der Öffentlichkeit im Stadtteil zugänglich sein.

Das Kulturamt zieht eine positive Bilanz: „Die staatlichen Hilfen haben dazu geführt, daß bei

⁶⁶) Theaterstatistik 1982/83 (Anm. 51); J. Grabbe, (Anm. 48), S. 12ff.; . Loccumer Protokolle, (1980) 6, Kultur für alle — von allen? Zwischenbilanz der Alternativ-Szene.

⁶⁷) Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, P1Pr 11/9, 14. 4. 1983, S. 493.

⁶⁸) Resolution der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ vom 24. 2. 1980, in: Kultur für alle — von allen? (Anm. 66).

den Bürgern in ungeahntem Maße kreative und organisatorische Fähigkeiten freigesetzt wurden und sich allerorts ein reges kulturelles Leben entwickelt.⁶⁹⁾ Von solchen Kulturhäusern oder „Kulturläden“ aus können Gruppen und Initiativen praktische Hilfen und qualitative Anregungen erhalten, und sie können darin ihrerseits gestaltend mitwirken. Hier wird auch Kooperation mit zentralen künstlerischen Einrichtungen gesucht: Mit mobilen Produktionen (z. B. Kindertheater) werden auch Menschen angesprochen, die sich nicht dazu entschließen können, die zentralen Einrichtungen aufzusuchen⁷⁰⁾.

Waren die Forderungen einer alternativen Kultur Anfang der siebziger Jahre mitunter gegen die traditionellen künstlerischen Einrichtungen gerichtet, ist eine solche Frontstellung seltener geworden. „Die traditionellen Einrichtungen brauchen die Impulse ‚freier, alternativer, besser ergänzender‘ Kulturarbeit, sowie sich freie Gruppen an den Leistungen der bestehenden Einrichtungen messen lassen müssen“, heißt es programmatisch in der zitierten Stellungnahme des Städtetages⁷¹⁾. In der kulturpolitischen Diskussion und zum Teil auch der Praxis wird zunehmend der Zusammenhang von qualifizierter künstlerischer Arbeit, musisch-kultureller Bildung (Animation) und kreativer wie kommunikativer Entfaltung von Laien berücksichtigt. Kulturpädagogische Hilfestellung und Animation sind hier ebenso gefragt wie vielfältige Formen der Kooperation. Die Zusammenarbeit und wechselseitige Anregung der Kulturinstitutionen untereinander wie auch zwischen kulturellen Einrichtungen, freischaffenden Künstlern und kulturellen Initiativen hat sich mancherorts verbessert und beispielsweise bei Stadtteilstellen und themenbezogenen Kulturtagen bewährt, bleibt aber in vielen Gemeinden noch hinter den Erwartungen zurück. Im Kontext der Spardebatte wird auch angeregt, daß die traditionellen Kultureinrichtungen Sachmittel, Räumlichkeiten und Personal verstärkt für die Kooperation mit freien Gruppen und Künstlern zur Verfügung stellen⁷²⁾. Auch aufgrund kulturpädagogischer Bemühungen, wie sie im Ergänzungsplan „Musisch-kulturelle Bildung“

der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung“⁷³⁾ und von den kommunalen Spitzenverbänden angeregt wurden, haben sich viele dieser Institutionen einem breiteren Publikum geöffnet. Bibliotheken und vor allem Museen haben die Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit verbessert und zum Teil in Kooperation mit Schulen und Volkshochschulen kulturpädagogische Dienste ausgebaut. Eine zentrale kulturpädagogische Bedeutung haben die Theater. Die Angebote des Kinder- und Jugendtheaters sind in den siebziger Jahren erweitert worden, durch Sparmaßnahmen zum Teil aber auch wieder gefährdet. Vielfältige Formen der Zusammenarbeit von Schulen und Theatern werden praktiziert, doch bleiben die Theater-Erfahrungen für die meisten Schüler nur sporadisch. Erheblich erweitert wurde das Angebot der Musikschulen, in denen über 600 000 Schüler unterrichtet werden⁷⁴⁾. Die in mehreren Landtagsdebatten beklagten Defizite des Musikunterrichts können damit aber nur zum Teil ausgeglichen werden.

Angesichts der eingangs geschilderten Tendenzen wird die kulturelle Entwicklung durch eine Reduzierung des (finanziellen) Engagements der öffentlichen Hände dort besonders gefährdet, wo die Arbeit von kulturellen Initiativen und Vereinen, kulturpädagogische Bemühungen und die Öffnung und Kooperation kultureller Einrichtungen betroffen sind. Kulturentwicklungsplanung, die einen für mehrere Jahre geltenden Rahmen für kulturelle Aktivitäten schafft (und sich als „Freiraumplanung“ verstehen sollte), kann ein Weg sein, das Verständnis für kulturelle Zusammenhänge der Stadtentwicklung zu verbessern und dadurch auch eine längerfristige Finanzierung zu sichern. Bei entsprechender Bürgerbeteiligung, vor allem im Kontext der Stadtentwicklungsplanung, können kulturelle Lern- und Bewußtseinsbildungsprozesse in Gang gesetzt werden, die nicht minder wichtig sind wie das Ergebnis selbst⁷⁵⁾.

⁶⁹⁾ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.), Musisch-kulturelle Bildung, Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan, Bd. 1, Stuttgart 1977.

⁷⁰⁾ Anagen für 1981. Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Köln 1982, S. 172.

⁷¹⁾ Vgl. u. a. D. Baacke/P. Wolters/N. Sievers, Kulturentwicklungsplanung III. Kulturpolitische Gesellschaft, Dokumentation 16, Hohenhof 1981; W. Ismayr (Anm. 2), S. 44 ff.; E. Kloberg/T. Mirbach, Kulturentwicklungsplanung in Großkommunen und Stadtstaaten in der Bundesrepublik Deutschland, HITAS, Hamburg 1981.

⁶⁹⁾ Kulturbehörde (Hrsg.), Stadtteilkultur in Hamburg, Hamburg 1982; vgl. Kulturbehörde (Hrsg.), Kulturbericht 1982.

⁷⁰⁾ Vgl. H. Glaser/K. H. Stahl, Bürgerrecht Kultur, Berlin 1983.

⁷¹⁾ Kultur in unseren Städten unverzichtbar (Anm. 5), S. 151.

⁷²⁾ U. a. J. Grabbe, (Anm. 48), S. 21.

V. Der Bund und die „Kulturstiftung der Länder“

Verglichen mit den Gemeinden und Ländern sind die innerstaatlichen kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes aufgrund der verfassungsmäßigen Zuständigkeit und der von den Ländern entschieden verteidigten Kulturhoheit eng begrenzt (die Gesamtausgaben aller beteiligten Bundesministerien für Kunst- und Kulturförderung sollen 1984 356 Millionen DM betragen). Die steuerpolitischen Möglichkeiten des Bundes wurden bisher wenig genutzt, worauf der Deutsche Kulturrat in seinen Vorschlägen „für ein kulturfreundliches Steuerrecht“ hingewiesen hat ⁷⁶⁾.

Der Bund entfaltet besondere kulturelle Aktivitäten in Bonn und Berlin (Stiftung Preußischer Kulturbesitz). Über 50 Prozent der Förderungsmittel des Bundesinnenministeriums gehen nach Berlin. Nach einer Vereinbarung von 1980 übernimmt der Bund in Bonn 70 Prozent der kulturellen Aufwendungen der Stadt ⁷⁷⁾. Nur wenige kulturelle Einrichtungen wie etwa die Deutsche Bibliothek in Frankfurt werden vom Bund alleine getragen; in den meisten Fällen beteiligt sich der Bund an der finanziellen Förderung kultureller Vorhaben, die auch von Ländern und Gemeinden sowie von Stiftungen gefördert und getragen werden. Seit den Regierungserklärungen von 1973 und 1976 zeigt der Bund in Bereichen der Kunst- und Kulturförderung zunehmendes Engagement, für die er nach dem Grundgesetz nicht ausdrücklich zuständig ist, und zwar mit dem Anspruch der gesamtstaatlichen kulturellen Repräsentation ⁷⁸⁾. Diese Aktivitäten werden dem Bund zum Teil von den Ländern bestritten.

Seit dem Vorschlag in der Regierungserklärung Willy Brandts vom 18. Januar 1973 ist eine Deutsche Nationalstiftung im Gespräch, doch kam aufgrund der unterschiedlichen Einschätzung der Kompetenzen von Bund und Ländern keine Einigung zustande, was angesichts der unzulänglichen konzeptionellen Zusammenarbeit ⁷⁹⁾ nur bedauert werden konnte.

Nach in wenigen Monaten erfolgten Vorarbeiten in den Staatskanzleien (nicht etwa den

⁷⁶⁾ „Für ein kulturfreundliches Steuerrecht“. Steuerpolitische Vorschläge des Deutschen Kulturrates, Bonn 1983.

⁷⁷⁾ Informationen des BMI zur Kulturförderung, 1983.

⁷⁸⁾ Vgl. W. Maihofer, Kulturelle Aufgaben des modernen Staates, in: Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1983, S. 977 ff.; H. Hieronymus, in: Der Bund und die Künste, Bonn 1980, S. 11 ff.

⁷⁹⁾ Vgl. S. v. Köckritz, in: Der Bund und die Künste (Anm. 78), S. 15 ff.

Kultusministerien!) unter Federführung Baden-Württembergs haben sich im Juni 1984 die Ministerpräsidenten nun untereinander und mit der Bundesregierung auf den Entwurf eines Abkommens zur „Errichtung einer Kulturstiftung der Länder“ und ein Verwaltungsabkommen der Länder mit dem Bund geeinigt. Wegen der Bedeutung dieses Vorhabens ist allerdings zu erwarten, daß es mit Rücksicht auf die Länderparlamente doch zu einem Staatsvertrag der beteiligten Länder kommen wird. Wie bereits der Name signalisiert, haben sich die Länder mit ihren Vorstellungen von „Kulturhoheit“ behauptet ⁸⁰⁾.

Folgende Schwerpunkte wurden festgelegt: 1. Die Förderung des Erwerbs für die deutsche Kultur besonders wichtiger und bewahrungswürdiger Zeugnisse; 2. die Förderung von und die Mitwirkung bei Vorhaben der Dokumentation und Präsentation deutscher Kunst und Kultur; 3. die Förderung zeitgenössischer Formen und Entwicklungen von besonderer Bedeutung auf dem Gebiet der Kunst und Kultur; 4. die Förderung von überregional und international bedeutsamen Kunst- und Kulturvorhaben (§ 2).

Die Abwanderung von Kunstwerken ins Ausland (Evangeliar Heinrich des Löwen) durch die Bündelung des Engagements von Staat und Privaten zu verhindern, war ein wichtiges Motiv für diesen Beschluß ⁸¹⁾. Der Stiftung sollen eine Reihe jener Förderungsmaßnahmen des Bundes übertragen werden, mit denen sich der Bund kulturpolitisch profilieren könnte, die ihm aber nach Auffassung der Länder nicht zustehen, darunter auch die Förderung des Kunstfonds e. V., des Literaturfonds e. V. sowie das Musikförderungsprogramm des Deutschen Musikrates ⁸²⁾. Nach Einsprüchen der Kunstverbände und des Deutschen Kulturrates wurde diesen zuge-

⁸⁰⁾ Entwurf eines Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder, 6. Juni 1984; Entwurf eines Abkommens über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder, 6./7. Juni 1984.

⁸¹⁾ Land Baden-Württemberg, Vertretung beim Bund, Pressemitteilung, 7. Juni 1984 (Erklärung des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz L. Späth vor der Presse in Bonn).

⁸²⁾ 1980 hatte der Bund auf das vorläufige Scheitern der Deutschen Nationalstiftung mit der Einrichtung eines neuen Haushaltstitels reagiert: Bis zur Errichtung einer Nationalstiftung sollten mit Finanzmitteln von z. Z. 5,5 Mill. DM jährlich „gesamtstaatlich bedeutsame Vorhaben“ im Bereich von Kunst und Kultur gefördert werden. Die Mittel werden über zwei Stiftungen verteilt, die 1980 durch Kunst- und Literaturverbände gegründet wurden. Mittel erhält auch der Deutsche Musikrat für sein Musikförderungsprogramm.

sagt, daß sie wie bisher ihre Zuschüsse weitgehend autonom vergeben könnten, doch gibt es noch keine öffentlich nachprüfbare Entscheidung. Die Länder sollen jährlich den relativ bescheidenen Betrag von 10 Millionen DM für die Durchführung laufender Ausgaben sowie die Ansammlung des Stiftungsvermögens entrichten (§ 4). Für 1985 soll der Bund etwa 13,5 Millionen DM zur Verfügung stellen, ein Betrag, der bisher unter dem Vorbehalt parlamentarischer Billigung im Bundeshaushalt veranschlagt war⁸³⁾. Die Stiftung soll sich um Zuwendungen Dritter bemühen und durch einen Förderverein unterstützt werden, der für Mäzene und Förderer offensteht (§ 4).

Der Entwurf eines „Abkommens zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder“ vom Februar 1984 ist aufgrund verschiedener Einsprüche von Politikern und Kulturverbänden deutlich abgeändert worden. Der jetzige Entwurf ist tragfähiger, doch bleiben Bedenken: Die Entscheidungsbefugnis liegt beim Stiftungsrat, der aus jeweils einem Mitglied der Länderregierungen und, sofern der Bund finanziell beteiligt ist, aus drei stimmberechtigten Mitgliedern der Bundesregierung besteht. Entscheidungen werden einstimmig getroffen, womit Bedenken wegen der befürchteten Aushöhlung von Länderkompetenzen und vor allem des Übergewichts einer Partei Rechnung getragen, innovative Dynamik aber nicht gerade erleichtert wird. Auch mit Rücksicht auf das zunehmende kulturpolitische Engagement in den Parlamenten ist die Dominanz der Regierungen nicht unbedenklich. Angesichts der vorgesehenen Konstellation bleibt nun zwar zu hoffen, daß dem vom Stiftungsrat ernannten Kuratorium bei den fachlichen Beratungen tatsächlich „hohes Gewicht“ zukommen wird, wie Lothar Späth für die Ministerpräsidenten versichert⁸⁴⁾, dem Kuratorium sollen aber neben 20 Sachver-

ständigen, von denen bis zu zehn von Kulturverbänden vorgeschlagen werden können, auch zehn „Förderer“ angehören (§ 9). Das Gewicht der Förderer wurde gegenüber früheren Entwürfen deutlich reduziert, doch ist die Mitsprache von Mäzenen bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln nach wie vor umstritten. Dieter E. Zimmer verweist mit Recht auf mögliche Komplikationen bei der Zuteilung von Finanzmitteln: „Sollen die Institutionen... künftig für ihre zuschubbedürftigen Projekte beim Bund und bei 11 Staatskanzleien gut Wetter machen müssen? Und sicherheitshalber auch noch bei den 10 Mäzenen, damit sie bei den Ministerpräsidenten ein gutes Wort für sie einlegen? Wird jeder Antrag dann zu einem Kampf mit einem vielköpfigen Drachen der Bürokratie?“⁸⁵⁾ Die Kulturpolitiker der kommunalen Spitzenverbände wurden ungeachtet des dort vorhandenen Sachverständes nicht in die Beratungen über eine Kulturstiftung einbezogen. Ihnen verbleibt nach dem gegenwärtigen Stand der Entscheidungen nur die Möglichkeit, im Kuratorium mitzuwirken, woran jedenfalls der Deutsche Städtetag interessiert sein dürfte. Die angestrebte Verbesserung der Zusammenarbeit bei überregional bedeutsamen Förderungsvorhaben wie auch die Vermeidung kulturpolitisches Engagement beeinträchtigender Kompetenzstreitigkeiten von Bund und Ländern lassen die Einrichtung einer gemeinsamen Kulturstiftung sinnvoll erscheinen⁸⁶⁾. Die Entwürfe der Abkommen, auf die sich die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung nun geeinigt haben, sollten als Grundlage für weitere Diskussionen angesehen werden.

⁸⁵⁾ D. E. Zimmer, Das kulturelle Superding. Der Bund hat resigniert. Nach Jahren des Tauziehens übernehmen jetzt die Länder die Regie, in: Die Zeit vom 15. 6. 1984.

⁸⁶⁾ Ergebnis für den Bund ist das nun bekundete Einverständnis, daß ein „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ sowie eine Kunst- und Ausstellungshalle in der Bundeshauptstadt errichtet werden. „Über die Kulturstiftung werden die Länder an diesem Vorhaben mitwirken“ (Pressemitteilung, [Anm. 81], S. 3).

⁸³⁾ Entwurf eines Abkommens über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder, § 2.

⁸⁴⁾ Pressemitteilung, (Anm. 81), S. 3.

„Literaturgesellschaft“ DDR

Leseverhalten, Lektüreinteressen und Leseerfahrungen

I. Einleitung

Vor mehr als sechzig Jahren hat der Soziologe Theodor Geiger in seinem bekannten Versuch zur „sozialen Schichtung des deutschen Volkes“ darauf hingewiesen, daß die wissenschaftliche Kärnerarbeit erst unterhalb der sozialdemographischen Ebene beginne. In diesem Zusammenhang nannte Geiger auch Lesen und Lektüren (letztere verstanden als bereichs- und aktivitätsbesondere Form ästhetischer Interessen und moralischer Orientierungen), die charakteristische Einblicke in Aspekte des Alltagslebens und sozial unterschiedliche Lebensstile böten: „Die Kleinarbeit müßte bei den Symptomen beginnen, die das äußere Leben des Menschen darbietet. Sie hätte mit recht eigentlich positivistischen Methoden anzufangen, ehe sie an die verstehende Deutung gehen kann. Lebenshaltung, Gewohnheiten des Konsums und der sonstigen Lebensgestaltung, Freizeitverwendung, Lesegesmack, Formen des Familienlebens und der Geselligkeit — tausend Einzelheiten des Alltagslebens.“¹⁾

Dieser allgemeine methodische Hinweis gilt sicherlich auch — und in besonderem Maße — für die Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Denn diese gilt im Selbstverständnis ihrer Führungsschicht als entwickeltes „Leseland“ (Klaus Höpke), das beansprucht, die Vision einer sozialistischen „Literaturgesellschaft“ (Johannes R. Becher)²⁾ auf deutschem Boden zu verwirklichen. Bis heute ist das dieses Selbstverständnis engagiert ausdrückende Plädoyer für Lesen und Lektüre insbesondere fiktionaler Texte ungebrochen, und zwar auf Grund der mit Lesen verbundenen angeeigneten Lebenserfahrung, die wichtig ist für die ästhetische, moralische und politische Persönlichkeitsformung. Dieter Schlenstedt nannte die zum Lesen erforderliche „intellektuelle Intensität“ mit Blick auf

das tätige und kunstrezipierende Subjekt „unersetzbar“³⁾.

So gesehen kann ein systematischer Überblick als Darstellung empirisch ermittelbarer Lesegewohnheiten und Lektüreinteressen in der DDR Einblicke in einen kulturellen Prozeß bieten⁴⁾, wobei sicherlich unter dem Gesichtspunkt des Zugangs zum Alltagsleben die Rezeption jener „mittleren Regionen der Prosa“ in der DDR-Literatur, also „die erzählende Literatur des Alltags“⁵⁾, von besonderem Interesse sein dürfte⁶⁾.

Im Vordergrund dieses Beitrags steht jedoch nicht die DDR-Literatur im speziellen, son-

¹⁾ D. Schlenstedt, Die Leser und die Literatur, in: Einheit, 28 (1973) 10, S. 1218—1223.

²⁾ Vgl. an bisherigen Übersichten etwa D. Strützel, Zu Lesegewohnheiten in der DDR, in: Deutsch als Fremdsprache, 10 (1973) Sonderheft, S. 9—17; R. Albrecht, Buch und Leser in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zur Morphologie eines kulturellen Kernbereichs unter spätkapitalistischen Bedingungen, Phil. Diss., Bremen 1976, S. 322—331; K. Teckentrup, Die Erforschung des Buches in der Deutschen Demokratischen Republik, in: P. E. Dorsch/K. H. Teckentrup (Hrsg.), Buch und Lesen international. Berichte und Analysen zum Buchmarkt und zur Buchmarkt-Forschung, Gütersloh 1981, S. 256—275; D. Löffler, Literatursoziologische Forschung in der DDR, in: Connaissance de la RDA, (1981) 12, S. 87—112; zu den auch in der DDR existierenden „Groschenheften“ mit Seriencharakter und weiter Verbreitung vgl. die Untersuchung von E. Gaida, Belletristische Heftreihenliteratur in der DDR. Eine erste Bestandsaufnahme, in: Weimarer Beiträge, 16 (1970) 12, S. 158—176, und M.-L. Sinn, Groschenhefte und Literaturgesellschaft: Hefromanreihen in der DDR, in: Connaissance de la RDA, (1983) 16, S. 83—103. Speziell zum wichtigsten Versuch dieser ‚Umfunktionierung‘ von „Groschenheften“ vgl. R. Albrecht, Romanzeitung in der DDR: Literatur als Massenmedium, in: publikation, 25 (1979) 7, S. 13—21.

³⁾ Vgl. W. Brettschneider, Zwischen Literarischer Autonomie und Staatsdienst. Die Literatur in der DDR, Berlin 1980³, S. 136—140.

⁶⁾ Vgl. zuletzt als wichtigen literarischen Versuch: E. Loest, Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene, Roman, Halle (Saale) 1978 und Stuttgart 1978; diese DDR-Literatur unter spezieller literatursoziologischer Fragestellung wird aufgearbeitet von I. Hanke, Lebensläufe und Berufskarrieren in der erzählenden Gegenwartsliteratur der DDR seit 1970, in: Deutschland Archiv, 14 (1981) 6, S. 608 bis 620.

¹⁾ Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1967², hier S. 80.

²⁾ Genaue D. Schiller, Zu Begriff und Problem der Literaturgesellschaft, in: J. Bark (Hrsg.), Literatursoziologie, Bd. 1, Stuttgart u. a. 1974, S. 28—38.

dem der Leser — vor allem fiktionaler, d. h. nicht fach- oder sachbezogener Literatur — in der DDR-Gesellschaft im allgemeinen, mit

seinen inzwischen auch in der DDR literatursoziologisch ermittelten Lesegewohnheiten, Lektüreinteressen und Leseerfahrungen.

II. Leseverhalten im Zusammenhang mit konkurrierenden Freizeitbeschäftigungen

Inzwischen ist auch in der DDR, unabhängig davon, welche Fernsehprogramme wo und wie im einzelnen empfangen werden (können), das Fernsehen Massenmedium Nr. 1 und damit zugleich auch wesentlichste Freizeitbeschäftigung. Zwar gab es in der DDR noch 1982 mehr zugelassene Radios (etwa 6,44 Millionen) als Fernsehgeräte (etwa 5,85 Millionen) und damit eine höhere Rundfunk- als Fernsehdichte (etwa 38,6 : 35,0 auf 100 Einwohner⁷⁾, aber nach Zwischenständen von täglichen Fernsehreichweiten (1970: etwa 70 Prozent, 1978: etwa 90 Prozent⁸⁾ müßte heute die entsprechende Reichweite bei 95 Prozent der DDR-Gesamtbevölkerung liegen. Dieser Tendenz entspricht auch eine bis 1981 kontinuierlich zunehmende durchschnittliche Sendezeit der beiden DDR-Fernsehprogramme von zusammen gut 20 Sendestunden täglich (1980: 7 610 und 1981: 7 716 Gesamtstundestunden⁹⁾ und — vom Mediennutzer her gesehen — eine tägliche oder zumindest mehrmals wöchentliche Nutzung des Mediums Fernsehen von etwa 94 Prozent der Frauen und 96 Prozent der Männer (zum Vergleich: Zeitungslektüre 95 bzw. 97 Prozent¹⁰⁾.

Trotz dieser intensiven Fernsehnutzung ist die DDR-Buchproduktion auch im internationalen Vergleich beeindruckend. Mit ihren 78 Verlagen (1979)¹¹⁾ steigerte die DDR ihre Buchproduktion auch in den letzten Berichtsjahren. 1982 erschienen einschließlich Nachauflagen 1 630 Titel mit einer Gesamtauflage von ca. 142,6 Millionen Exemplaren¹²⁾. Damit steht die DDR hinsichtlich der Pro-Kopf-Produktion von Büchern „neben der Sowjetunion und Japan ganz vorn in der Weltrangliste“ und erreichte auch 1982 wieder in etwa

„eine große Durchschnittsauflage von 23 000 (Exemplaren) pro Titel“¹³⁾.

Betrachtet man Belletristik oder fiktionale Texte anhand der DDR-Systematik und ihrer „Sachgruppen“, so ergibt sich für 1982 etwa ein Anteil von 1 268 Neu- und Nachauflagen (ohne Kinder- und Jugendliteratur), von denen 496 Titel aus anderen Sprachen ins Deutsche übersetzt wurden. Dieser Bereich von Literatur im engeren Sinne machte 1982 damit knapp 21 Prozent aller Buchveröffentlichungen in der DDR aus und erzielte zugleich den höchsten Ranganteil bei der Auflagenhöhe mit etwa 31 Millionen Exemplaren (zum Vergleich: etwa 24 Millionen aus der Sparte „Gesellschaftswissenschaften“ ohne Schulbücher¹⁴⁾).

Bei der repräsentativ erfragten Häufigkeit von ausgeübten Freizeitbeschäftigungen nahm das Lesen von Büchern im DDR-Bevölkerungsdurchschnitt von Bürgern ab 18 Jahren nach Zeitungslektüre (1), Fernsehen (2), Musikhören (3), Gartenarbeit (4) und Tierzucht/Tierbeschäftigung (5) den 6. Rang ein — noch vor Wandern/Spazierengehen (7), Reparieren (8) und Sportaktivitäten (9). Dabei ergab diese Umfrage, daß 28 Prozent der Frauen und Männer in der DDR täglich oder mindestens zwei Mal in der Woche ein Buch oder Bücher in ihrer Freizeit lesen¹⁵⁾. In diesem Sinn ist denn auch heute „der Umgang mit den gedruckten und elektronischen Medien die eindeutig dominierende Freizeitbeschäftigung der Bevölkerung“ in der DDR¹⁶⁾.

⁷⁾ Vgl. Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1983, Berlin (Ost) 1983, S. 129.

⁸⁾ K. Hickethier, Fernsehen, in: W. R. Langenbacher u. a. (Hrsg.), Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik im Vergleich, Stuttgart 1983, S. 182 bis 186; D. Löffler (Anm. 4), S. 90.

⁹⁾ Statistisches Taschenbuch der DDR, (Anm. 7), S. 128.

¹⁰⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 89.

¹¹⁾ K. Teckentrup, (Anm. 4), S. 256.

¹²⁾ Statistisches Jahrbuch DDR 1983, Berlin (Ost) 1983, S. 310.

¹³⁾ W. R. Langenbacher u. a. (Anm. 8), S. 722; der Titelsachbestand wissenschaftlicher und Allgemeinbibliothek lag in der DDR 1982 bei etwa 83,3 Mio. Exemplaren mit etwa 102,3 Mio. Entleihvorgängen; der Benutzeranteil lag bei 30,5 Prozent (1982) der Gesamtbevölkerung; vgl. Statistisches Taschenbuch DDR 1983 (Anm. 7), S. 127.

¹⁴⁾ Errechnet nach: Statistisches Jahrbuch DDR 1983, (Anm. 12), S. 310, alle Bücher und Broschüren. Diese sind natürlich für den potentiellen Leser u. a. in Berlin und den großen Bezirksstädten eher verfügbar als in DDR-Dörfern oder -Kleinstädten im herkömmlichen Sinn. Die UNESCO-Statistik verzeichnete 1978 und 1979 um 3—4 Prozent geringere DDR-Buchtitelproduktionen; vgl. statistical yearbook/annuaire statistique/anuario estadístico, Paris/London 1982, S. VII—25.

¹⁵⁾ D. Löffler (Anm. 4), S. 89.

¹⁶⁾ Ebd., S. 89; vgl. eingehender die präsentierten Daten von B. und V. Gansow, Disponible Zeit und

III. Empirisch ermittelbare Ausprägung von Lesegewohnheiten und Leseverhalten

Eine erste empirische literatursoziologische DDR-Untersuchung, verfaßt von einer Hallenser Forschergruppe um Dietrich Sommer, diskutiert recht instruktiv Leseverhalten, Lektüregewohnheiten und literarische Interessen in der dialektischen Verschränkung von sozialen und ästhetischen, gesellschaftlichen und literarischen Bestimmungsfaktoren anhand systematisch präsentierter Befragungsdaten¹⁷⁾. Sie ist „repräsentativ“ für die beiden DDR-Bezirke Halle und Leipzig und mithin für etwa ein Fünftel der DDR-Gesamtbevölkerung (ab 14 Jahre) in zwei industriellen Ballungsregionen¹⁸⁾.

Das zugrunde liegende Datenmaterial stammt aus dem Jahr 1970. Während eine Folgeuntersuchung mit Befragungsdaten des Jahres 1978 vor allem auf den Komplex „ästhetische Erfahrung“ abhebt¹⁹⁾, gibt es darüber hinaus noch eine für die gesamte DDR-Bevölkerung ab 15 Jahre repräsentativ angelegte, durchaus bundesdeutschen Buchmarktstudien vergleichbare Befragung der Abteilung Bedarfsforschung des Leipziger Kommissionsgroßbuchhandels für 1976/77. Sie gibt Einblicke über das Lesen, Kaufen und Leihen von Büchern in der DDR. Folgt man den in mehreren größeren Beiträgen im Leipziger „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ 1979/80 veröffentlichten Angaben und Befragungsergebnissen, dann bestätigt sich eine kürzlich von Bodo Franzmann im „Kulturpolitischen Wörterbuch“ vertretene These, derzufolge es „keine Anhaltspunkte“ dafür gebe, „daß in der DDR ein größerer Prozentsatz der Bevölkerung regelmäßig liest (D. Sommer, 1978)“²⁰⁾, allerdings nicht. Denn auch die DDR-repräsentative Studie zum Leseverhalten ergab einen Prozentsatz von Bücherlesern von 74 Prozent²¹⁾. (D. h., die Befragten hatten im letzten

Jahr vor der Befragung mindestens ein Buch gelesen.) Im Bevölkerungsdurchschnitt der DDR wurden von dieser bücherlesenden Mehrheit etwa acht bis neun Bücher gelesen — und etwa 15 Prozent der DDR-Bürger ab 15 Jahre lasen 1976/77 mehr als zwei Bücher pro Monat²²⁾.

Gewiß ist das Lesen — speziell von Büchern — auch in der DDR in hohem Maße sozial erwünscht, so daß auch hier (vergleichbar der Bundesrepublik Deutschland) ein besonderer, auffälliger Unterschied zwischen Wollen (Lektüreabsicht) und Handeln (Ausmaß von Buchlektüren) existiert. 33 Prozent der Befragten teilten 1977 mit, sie würden gern öfter insbesondere *fiktionale Texte* (Romane, Erzählungen, Lyrik) lesen, als sie es tatsächlich tun, und speziell Romane, Erzählungen und Gedichte werden in der DDR als Lektüren eher geschätzt als Fachzeitschriften bzw. wissenschaftliche Fach- und Sachbücher²³⁾.

Diese ausgeprägte Wertschätzung der Lektüre fiktionaler Texte als besonderer Freizeitbeschäftigung spiegelt sich sowohl in der erfragten allgemeinen Einstellung zum Bücherlesen mit den entsprechenden Antworten (jeweils mehr als die Hälfte der repräsentativ befragten DDR-Bürger ab 15 Jahre verwiesen auf Antworten wie „gehört zur Allgemeinbildung“ [ca. 70 Prozent], „erwarte geistige Anregungen“ [ca. 56 Prozent] und „lese, um mich zu entspannen“ [ca. 53 Prozent]²⁴⁾) als auch in den Antworten, die die Hallenser Forschergruppe 1970 und 1978 erhielt. Hier waren es 50,7 Prozent (1970) und 52,3 Prozent (1978), die in Halle-Leipzig bzw. als Beschäftigte des Leuna-Werks „Walter Ulbricht“ zum jeweiligen Befragungsdatum ein Buch lasen. Dem standen allerdings 29,5 Prozent einer vergleichbaren Stichprobe bei Genossenschaftsbauern aus dem Kreis Querfurt (1978)²⁵⁾ gegenüber.

Die hier angedeuteten sozialen Differenzierungen im aktuellen Lektüerverhalten der DDR-Bevölkerung sind — über den Stadt-Land- und Arbeiter-Bauern-Komplex hinaus — anhand des empirischen Befragungsmaterials der Hallenser Forschergruppe so zusammengefaßt:

Lebensweise. Freizeitforschung und Freizeitverhalten in der DDR, in: Deutschland Archiv, 16 (1983) 7, S. 729—749, zur Mediennutzung bes. S. 743—747.

¹⁷⁾ Vgl. D. Sommer u. a. (Hrsg.), Funktion und Wirkung. Soziologische Untersuchungen zur Literatur und Kunst, Berlin (Ost) - Weimar 1978; über den Stand literatursoziologischer Bemühungen bis Ende der sechziger Jahre in der DDR informiert H. Oswald, Literatur, Kritik und Leser. Eine literatursoziologische Untersuchung, Berlin (Ost) 1969.

¹⁸⁾ Vgl. S. Grundmann, Das Territorium — Gegenstand soziologischer Forschung, Berlin (Ost) 1981, hier S. 73, Tabelle 23.

¹⁹⁾ D. Sommer u. a. (Hrsg.), Leseerfahrung — Lebenserfahrung. Literatursoziologische Untersuchungen, Berlin (Ost) - Weimar 1983.

²⁰⁾ B. Franzmann, Lesen, in: W. R. Langenbacher u. a. (Hrsg.), (Anm. 8), S. 469.

²¹⁾ K. Teckentrup, (Anm. 4), S. 266, Tabelle 9.

²²⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 91.

²³⁾ Vgl. D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 19), S. 37, Tabelle 7.

²⁴⁾ K. Teckentrup, (Anm. 4), S. 268, Tabelle 12.

²⁵⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 91; D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 19), S. 52.

Tabelle 1:

Aktuelle Buchlektüre in verschiedenen sozial-demographischen Gruppen

Sozial-demographische Gruppe [verschiedene Kategorien]	Aktuelle Bucklektüre [in Prozent]
Männer	53
Frauen	[Geschlecht] 49
bis 18 Jahre	75
19 bis 25 Jahre	60
30 bis 35 Jahre	52
45 bis 55 Jahre	49
55 bis 65 Jahre	[Alter] 45
weniger als acht Klassen	38
Acht-Klassen- abschluß	43
Zehn-Klassen- abschluß	67
Zwölf-Klassenab- schluß/Hochschule/ Universität	[Schul- besuch] 78
(Schüler)	(87)
Intelligenz/leitende Angestellte	86
Studenten	71
Lehrlinge	59
Arbeiter/Angestellte	53
Hausfrauen/Rentner landwirtschaftlich	39
Beschäftigte	[Beruf] 31

Quelle: D. Löffler, Literatursoziologische Forschung in der DDR, in: *Connaissance de la RDA*, (1981) 12, S. 92, Tabelle 3 (von R. A. umgruppiert).

Ähnliche soziale Differenzierungen ergeben sich auch bei der repräsentativen Befragung 1977 hinsichtlich von Buchentleihungen aus öffentlichen Bibliotheken und im Freundes-, Kollegen- und Bekanntenkreis²⁶⁾.

Betrachtet man wesentliche Determinanten zur Herausbildung und Festigung von Leseverhalten und Lektüreinteressen sowie deren Motivierung in der DDR, so scheint die wichtigste Scheidegrenze zwischen (regelmäßigen) Lesern mit ausgeprägten Leseinteressen und Lektüreansprüchen einerseits und vergehentlichlichen Nichtlesern von Büchern im Zehn-Klassen-Schulabschluß zu liegen (ähnlich den mittleren Bildungsabschlüssen in der Bundesrepublik). Dietrich Löfflers Deutung dieses zentralen empirischen Befunds der Rolle der „für die DDR grundlegenden Form der Allgemeinbildung“ als „deutlichstem Einschnitt“ geht jedoch weiter. Er sieht ein allgemeines „Beziehungsgefüge“ von „Allgemeinbildung, einem Komplex von Allgemeinwissen, Gesellschafts- und Lebenserfahrung und beruflicher Qualifikation“, das Leseverhalten und Lektüreinteressen bestimmt und dessen „Einfluß auf das Leseverhalten in allen Gruppen nachgewiesen werden (kann)“²⁷⁾. Und weiter führt er aus: „Allgemeinbildung, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe nach der Tätigkeit und das Alter sind demnach die entscheidenden allgemeinsten Faktoren, die sich auf das Lesen — nicht nur dem Umfang nach, sondern auch in den Interessen — auswirken. Ihr Zusammenwirken wurde schon angedeutet — sie bilden gemeinsam ein soziales Beziehungsgefüge, das für das Lesen (von schöner Literatur) determinierend wirkt.“²⁸⁾

IV. Literarische und Lektüreinteressen

Da in keiner Gesellschaft Leseverhalten und Lektüreinteressen sich selbst setzende autonome Gebilde sind, geht es auch bei ihrer empirischen Analyse und allen Deutungsversuchen um gesellschaftlich bezogene und vermittelte soziale Tatbestände. In der DDR wird dieser Komplex der gesellschaftlichen Literaturverhältnisse von Manfred Naumann u. a. (Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) als „gesellschaftliche Rezeptionsweise“ bezeichnet. Gemeint ist damit, „daß sich gemäß den objektiven gesellschaftlichen Funktionen, die der Literatur durch die materiellen und ideologischen Verhältnisse in einer Gesellschaftsformation vermittelt sind, bestimmte Denk-

weisen, Bewertungsnormen gegenüber der überlieferten und der zeitgenössischen Literatur herausbilden“. Nach den Erläuterungen der DDR-Literaturwissenschaftler sind diese aufzufassen „als Konkretisierung des Bewußtseins der Gesellschaft, ihrer Klassen, Gruppen, Schichten in bezug auf die mit der Literatur zusammenhängenden Probleme (...): Vorstellungen z. B. davon, was Literatur war, ist, sein soll, bewirken kann, bewirken müßte; wie Werke, Autoren, Strömungen, Schulen, ganze literarische Epochen, die Literaturge-

²⁶⁾ K. Teckentrup, (Anm. 4), S. 271, Tabelle 16.

²⁷⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 93.

²⁸⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 94.

schichte überhaupt zu bewerten, zu interpretieren, zu verstehen sind; welche Werke und Autoren die Leser lesen sollen und welche nicht; Vorstellungen von Normen für die Realisierung der in der literarischen Produktion und Rezeption begründeten Möglichkeiten für eine spezifische Weise der gesellschaftlichen Kommunikation und Bewußtseinsbildung.“²⁹⁾

In diesem Sinn müßte es auch in der Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik neben klassen-, schicht- und gruppenbezogenen Rezeptionsformen von fiktionaler Literatur eine — kulturpolitisch beförderte³⁰⁾ — vorherrschende *gesellschaftliche Rezeptionsweise* geben. Sie müßte sich sowohl auf historische als auch auf aktuelle Literatur beziehen und sich in den empirisch ermittelten Lektüreinteressen auffinden und nachweisen lassen.

In diesem Rahmen interessiert jedoch weder das ästhetische Ensemble mit seiner Wert- und Welthaltigkeit³¹⁾ noch die zunehmend auch von Wissenschaftlern in der DDR konzeptionell beachtete³²⁾ und empirisch als „gesellschaftliche Kunstkommunikation“³³⁾ aufgearbeitete kommunikationsästhetische Seite der DDR-Literaturverhältnisse. Vielmehr stehen im Mittelpunkt die tatsächliche aktuelle Lektüre und die über die aktuelle Lektüre hinausgehenden und insofern tieferliegenden Lektüreinteressen; d. h. genre-, stoff- und themenbezogene literarische und Leseoptionen, soweit sie sich auf fiktionale Textsorten beziehen (lassen).

Bei der aktuell (1970 und 1978/79 jeweils als Antwort auf die Frage: „Was für ein Buch lesen Sie jetzt gerade? Geben Sie bitte, wenn möglich, Titel und Autor an!“) erkundeten Lektüre spielten — so Dietrich Sommer —

²⁹⁾ M. Naumann u. a., *Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht*, Berlin (Ost) – Weimar 1973, S. 91.

³⁰⁾ Vgl. anstatt vieler H. Koch, *Kulturpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) 1976.

³¹⁾ Vgl. anstatt vieler die Aufsätze von G. K. Lehmann, in: *Weimarer Beiträge*, Berlin (Ost), 19 (1973 ff.), sowie in: D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 19).

³²⁾ Vgl. z. B. die frühen Diskussionsbeiträge von G. K. Lehmann, *Grundfragen einer marxistischen Soziologie der Kunst*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Berlin (Ost), 13 (1965) 8, S. 933–947; zu einigen informationstheoretischen Aspekten in der Ästhetik ebd. 13 (1965), 10/11, S. 1227–1244; von den Möglichkeiten und Grenzen einer Soziologie der Kunst ebd., 14 (1966) 11, S. 1389–1404.

³³⁾ Vgl. mit einigen Daten E.-M. Scherf, *Lektürewahl und gesellschaftliche Kunstkommunikation*, in: T. Höhle/D. Sommer (Hrsg.), *Probleme der Literatursoziologie und der literarischen Wirkung*, Halle (Saale) 1978, S. 72–87.

„ein, zwei Spitzentitel“ eine Rolle, „die zwar durchaus wesentliche Gegenstände eines allgemeinen Lektüreinteresses darstellen, jedoch nicht mit derselben Entschiedenheit und Überzeugungskraft wie andere, weil sie in starkem Maße in verschiedenen Bildungskursen als Pflichtlektüre fungieren oder aus bildungsgeschichtlichen Gründen, aber auch aus Gründen besonders eindrucksvoller Verfilmungen ein so starkes gesellschaftliches Prestige beanspruchen (Apitz, Ostrowski), daß das okkasionelle und aktuelle freie Bedürfnis davon überlagert werden kann“³⁴⁾.

Trotzdem zeigt sich schon im ersten Vergleich der Befragungsergebnisse 1970 und 1978/79 eine auffällige Konstanz der aktuellen Lesestoffe bei den genannten fiktionalen Werken und ihren Autoren. Als Rangfolge der meistgenannten Autoren — die Titel werden für die Befragung 1978/79 leider nicht mitgeteilt — ergibt sich für den letzten Erhebungszeitraum Ende 1978/Anfang 1979 für die befragten 989 Beschäftigten des Großbetriebs Leuna (Werk „Walter Ulbricht“ in Halle), von denen zum Befragungszeitraum 465 „Belletristik“ lasen, folgendes Bild:

Tabelle 2:

Liste der meistgenannten literarischen Autoren von Leuna-Beschäftigten 1978/79 als aktuell gelesene Schriftsteller

Autor	Nennungen
Alexandre Dumas	11
Erik Neutsch	10
Stanislaw Lem	10
Günter Hofé	9
Michail Scholochow	8
Emile Zola	8
Anna Seghers	7
Erwin Strittmatter	6
Hans Fallada	6
Ruth Werner	5
Robert Merle	5
Ehm Welk	5
Jules Verne	5
Hermann Kant	5
Bruno Apitz	4
Werner Steinberg	4
Wolfgang Schreyer	4
Jack London	4
Alexander Tschadowski	4
Leonhard Frank	4
D. H. Lawrence	4
Harry Thürk	3

³⁴⁾ D. Sommer, *Soziale und psychische Bedingungen bei der Rezeption und Wirkung von Literatur*, in: ders. u. a. (Hrsg.), (Anm. 19), S. 142/143.

Liselotte Welskopf-Henrich	2	
andere Autoren	329	
Märchen	3	
<hr/>		
Gesamtnennungen		
Belletristik	465	[ca. 47%]
Gesamtnennungen		
Sach/Fachbücher	100	[ca. 10%]
<hr/>		
Gesamtanzahl der aktuell ein Buch lesenden		
Befragten	565	[ca. 57%]
<hr/>		
keine aktuelle Lektüre	424	[ca. 43%]

Quelle: D. Sommer, Leseinteressen und Romanstrukturen, in: Th. Höhle/D. Sommer [Hrsg.], Halle-sche Studien zur Wirkung von Sprache und Literatur, Halle (Saale) 1980, S. 49/50.

Die dem gleichen Personenkreis vorgelegte Frage: „Gibt es Bücher, die Sie für sich persönlich als besonders wichtig empfinden oder die für Ihr persönliches Leben in irgendeiner Weise bedeutsam geworden sind? Wenn ja, geben Sie uns bitte Titel und Autor an!“ zielte tiefer, nämlich auf die „Bedeutsamkeit der Belletristik für die Persönlichkeitsentwicklung“³⁵⁾ der befragten Arbeiter und Angestellten. Die Antworten ergaben ein Bild, das in seinem Kern mit den entsprechenden Antworten bei der Repräsentativumfrage der gleichen Forschergruppe in den beiden Bezirken Halle und Leipzig übereinstimmt³⁶⁾ und wiederum auf eine relative Konstanz fiktionaler Lektürestoffe verweist.

In einer gegen den Literaturtheoretiker Georg Lukács gerichteten Polemik wertet Dietrich Sommer „allein die Tatsache, daß beide Titellisten übereinstimmend 13 Autoren enthalten [...], die überwiegend der sozialistischen Romanliteratur angehören oder dank ihrer ausgeprägt sozialkritisch-antibourgeoisen Gehalte auf verschiedene Weise sozialistische Einstellungen zu bestätigen oder zu differenzieren vermögen“ als direktes „Ergebnis sozialistischer Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik“³⁷⁾.

Diese Deutung trifft allerdings sicherlich nicht auf Alexandre Dumas (unter diesem Namen wurden im 19. Jahrhundert zahlreiche Abenteuerromane publiziert) zu. Dabei wurde

³⁵⁾ D. Sommer, Leseinteressen und Romanstrukturen, in: T. Höhle/D. Sommer (Hrsg.), Halle-sche Studien zur Wirkung von Sprache und Literatur, Halle (Saale) 1980, S. 43—54, hier S. 43 f.

³⁶⁾ D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 17), S. 555, Tabelle 23; Tabelle 22 auf S. 544 enthält die Liste „meistgelesene Bücher“ 1970 (Bezirke Halle u. Leipzig).

³⁷⁾ D. Sommer, (Anm. 19), S. 142; ders. (Anm. 35), S. 51.

Tabelle 3:

Liste persönlich bedeutsamer Autoren von Leuna-Beschäftigten 1978/79

Autoren	Nennungen
Nikolai Ostrowski	21
Bruno Apitz	14
Michail Scholochow	14
Erik Neutsch	12
Dieter Noll	10
Emile Zola	10
Konstantin Simonow	8
Marcus Clarke	8
Günter Hofé	8
Jack London	5
Anna Seghers	5
Ruth Werner	5
Hans Fallada	4
Leo Tolstoi	4
Karl May	4
Stanislaw Lem	4
Helmut Sakowski	3
Ehm Welk	3
J. W. Goethe	3
Lion Feuchtwanger	3
Anton Makarenkow	1
Harry Thürk	1
Jules Verne	1
Ludwig Renn	1
Olaf Gulbransson	1
Fjodor Dostojewski	1
andere Autoren	182
Märchen	5

Quelle: D. Sommer (vgl. Tabelle 2), S. 43/44.

Dumas 1978/79 immerhin von Leuna-Arbeitern und -Angestellten als aktuell meistgelesener Schriftsteller genannt. Auch hier ist eine partielle Stetigkeit dieser speziellen Lektürepräferenzen und Leseinteressen festzustellen, denn bereits 1970 wurde Dumas sowohl mit den Romanen „Die drei Musketiere“ und „Der Graf von Monte Christo“ bei den meistgelesenen Büchern als auch — immerhin auf dem sechsten Rangplatz — bei den „bevorzugten Autoren“ genannt³⁸⁾.

Ähnliches dürfte für die Nennung von Karl May bei den „bevorzugten Autoren“ 1978/79 gelten, denn auch wenn — so Achim Walter von der Hallenser Forschergruppe in seinem Kommentar — „62,5 Prozent der Nennungen“ als Hinweise auf „sozialistisch-realistische Autoren“ gewertet werden mögen³⁹⁾, bleibt

³⁸⁾ D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 17), S. 554 f., Tabelle 22.

³⁹⁾ A. Walter, Soziale Determinanten des Leseverhaltens, in: D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 19), S. 57.

doch der Tatbestand beeindruckender oder persönlichkeitsbeeinflussender Autoren und Werke, deren „realer Erkenntniswert [...] sehr gering ist“⁴⁰⁾.

Die damit deutlich werdende *Widersprüchlichkeit und Ambivalenz von Lesestoffen und Lektüreinteressen*, die — nicht zuletzt — auch Sommers These von der unmittelbaren Wirksamkeit der Politik in der DDR relativieren muß, drückt sich stärker noch als in den autoren- und titelbezogenen Antworten in den nach Stoff- und Themenkomplexen sortierten *Lektüreinteressen* aus.

So ergibt sich 1978/79 eine „höhere Wertschätzung der historischen Romane durch die Leuna-Population“ — in diese Rubrik dürften die genannten Dumas-Romane fallen —, „aber auch die der Abenteuerromane sowie der Memoiren und Lebenserinnerungen bzw. die schlechtere Einordnung der Reise-, Kriminal- und Gegenwartsliteratur“⁴¹⁾. In den Haupttendenzen jedoch gelten diese themen- und stoffbestimmten Lesepräferenzen und Lektüreinteressen auch für die Leuna-Beschäftigten Ende der siebziger Jahre. Bemerkenswert ist dabei einmal die *Vorrangigkeit von spannend-entspannenden Lesestoffen*, die nicht selten von der DDR-Gegenwart wegführen und die — so Sommer — durch „Überschaubarkeit und Durchschaubarkeit menschlich-gesellschaftlicher Beziehungen sowie einer erkennbaren Ordnung in den Raum-, Zeit- und Handlungsstrukturen“⁴²⁾ in den literarischen Konstruktionen bestimmt sind. Zum anderen ist aber auch (abgesehen von der Rubrik „Kinderliteratur“, die denn auch 1978/

79 nicht mehr abgefragt wurde) „sozialistische Gegenwartsliteratur“⁴³⁾ der am wenigsten von Arbeitern und Angestellten in der DDR und ihren Großbetrieben bevorzugte Lektürestoff. Seine Propagierung steht zwar nach wie vor im Zentrum staatlich-parteilicher kunst-, literatur- und bildungspolitischer Bemühungen, wird aber von etwa zwei Drittel der industriell Beschäftigten mehr oder weniger offen abgelehnt. Diese Tendenz, die gleichsam die andere Seite der Bevorzugung von gegenwartsabgewandten Lektürestoffen ist, blieb in den siebziger Jahren stetig.

Dieser Tatbestand weist sicherlich auf das lektürebezogene „Fluchtmotiv“ als wesentliches und unleugbares Lesemotiv von DDR-Bürgern, namentlich der industriell beschäftigten Arbeiter und Angestellten hin. Zugleich ist damit eine wichtige Seite des Verhältnisses von Leben und Lesen und der widersprüchlichen Einheit von Lese- und Lebenserfahrung in der DDR-Gesellschaft angesprochen, die sich im empirischen Befragungsmaterial selbst spiegelt, von dem nicht anzunehmen ist, daß entscheidende Teile der Befragten nach dem Muster der sozialen Erwünschtheit antworteten.

Die verschiedenen Seiten des Widerspruchs zwischen Leseverhalten und Lektüreinteressen einerseits und zum anderen innerhalb des gewiß breiten Spektrums der Lektüreinteressen müssen folglich, soweit möglich, aufgeklärt werden. Dabei erscheint eine Auseinandersetzung mit den Deutungen der Hallenser Forschergruppe nötig.

V. Zum Verhältnis von Lese- und Lebenserfahrung

Zwar hat die Germanistik in der DDR bis heute noch keine Theorie der Unterhaltungsliteratur⁴⁴⁾ — genauer: der „einfachen Unterhaltung“ (Bertolt Brecht) mittels fiktionaler Text- und Lektüresorten — vorgelegt. Aber die sich in unterhaltungsliterarischen Genres ausdrückenden Bedürfnisse, Lesemotivationen und Lektüreinteressen sind inzwischen in der DDR zumindest bei einigen avancierten Germanisten — etwa in Dieter Schlen-

stedts engagiertem Plädoyer für literaturgesellschaftliche Entwicklungen⁴⁵⁾ — als empi-

die „Fragen nach dem zeitgemäßen Inhalt revolutionären Handelns, nach der Perspektive des Menschen“ thematisieren; vgl. K. Böttcher u. a., *Kurze Geschichte der deutschen Literatur*, Berlin (Ost) 1981, S. 705/6; vgl. eingehender H. Haase u. a., *Geschichte der deutschen Literatur*, Bd. XI: *Literatur der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) 1977, hier S. 495 ff.; die historische Zäsur 1961 akzentuiert auch K. Franke, *Die Literatur der Deutschen Demokratischen Republik I*, Frankfurt/Main 1980² (Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart, Bd. 3), S. 110 ff.

⁴⁴⁾ Einen systematischen Versuch in der DDR unternimmt A. Bouvier, *Zur Theorie der sozialistischen Unterhaltungsliteratur*, Berlin (Ost), 1970.

⁴⁵⁾ Vgl. D. Schlenstedt, *Die neuere DDR-Literatur und ihre Leser. Wirkungsästhetische Analysen*, München 1980.

⁴⁰⁾ D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 17), S. 309.

⁴¹⁾ A. Walter, (Anm. 19), S. 54.

⁴²⁾ D. Sommer, (Anm. 34), S. 140.

⁴³⁾ ‚Sozialistische Gegenwartsliteratur‘ der DDR meint fiktionale Textsorten, die sich seit Anfang der 60er Jahre (Mauerbau 1961) „auf der dem Sozialismus eigenen Grundlagen entfalten“ konnten und

risch vorhanden registriert worden und scheinen zunehmend auch als berechtigt akzeptiert zu werden⁴⁶⁾.

Trotzdem tendieren nicht wenige DDR-Forscher dazu, aus der Not eine Tugend zu machen. So löst etwa Dietrich Löffler von der Hallenser Forschergruppe die empirisch vorhandene Dominanz von aktionsbezogenen, spannungs- und abenteuerreichen Lektürebedürfnissen, die primär auf unterhaltsame literarische Genres bezogen sind, sehr rasch in die soziale Lage von Arbeitern in der DDR auf und bemerkt dabei nicht, daß die von ihm hervorgehobene „Bevorzugung von Bildungs-, Entwicklungs- und Gesellschaftsromanen“ durch Angehörige der DDR-Sozialschicht „Intelligenz“⁴⁷⁾ wiederum auf einen tiefliegenden Widerspruch — nämlich den zwischen überwiegend körperlicher versus überwiegend geistiger Arbeit — verweist.

Die *Ambivalenz von Unterhaltungsliteratur* und der ihr unterliegenden Leserbedürfnisstruktur ist zwar in der DDR literatursoziologisch wohl bekannt, aber nach wie vor weitgehend unverstanden. Wohl haben die Hallenser Literatursoziologen um Dietrich Sommer 1970 in ihrer ersten Befragung in den Bezirken Halle und Leipzig auch nach einem von ihnen als „Entlastungsmotiv“ bezeichneten Antriebsbündel gefragt („Ich lese, weil ich dabei den Alltag vergessen will“) und durchaus zugegeben, daß dieses Fluchtmotiv (Robert Escarpit) in der DDR eher „negative, wenn nicht gar feindliche Einstellung zur sozialistischen Gesellschaft“ und „Flucht aus dem sozialistischen Alltag heißen würde“⁴⁸⁾. Und Achim Walter bemerkt folgerichtig, daß „Rezipienten, bei denen dieses Motiv dominiert, sozialistische Literatur weitgehend ablehnen, insonderheit solche, die ausgesprochene Gegenwartsstoffe bzw. -themen behandelt“⁴⁹⁾. Aber anstatt ihr Befragungsmaterial auch durch diese Überlegungen zu strukturieren und nach dem bekannten Morgenstern'schen Motto, „daß nicht sein kann was nicht sein darf“, haben die Hallenser Literatursoziologen gefolgert, daß es in der DDR kein literarisches Fluchtmotiv und entsprechende Leseantriebe, Lektürebedürfnisse und -interessen gibt. Insofern muß ihnen auch die in beiden Befragungen deutlich gewordene breite Ablehnung ge-

rade „sozialistischer Gegenwartsliteratur“ bei Arbeitern und Angestellten in großindustriellen Zentren letztlich unerklärbar bleiben.

Entsprechend gilt dieses Lektüremotiv, das gewiß nur selten empirisch in reiner Form auftritt und insofern auch von anderen Antriebsrichtungen überlappt werden kann, als zwar ambivalentes, aber letztlich zumindest verdeckt-funktionales „Entlastungsmotiv“: „Das momentane ‚Aussteigen‘ aus dem Alltag“ — so Walter verallgemeinernd — „enthält [...] gleichzeitig Reproduktionsmöglichkeiten für den Alltag, bereichert das individuell-gesellschaftliche Selbstverständnis und führt aus der temporären ‚Unterbrechung‘ unweigerlich zum Gesellschaftlichen zurück.“⁵⁰⁾

Das jedoch bedeutet, daß das idealtypisch zunächst bei der Befragung 1970 als kulturelle Depravation⁵¹⁾ festgemachte Ablenkungs- und Fluchtsyndrom in der DDR-Gesellschaft viel allgemeiner ausgeprägt und von DDR-Wissenschaftlern in seiner gesellschaftlichen Funktionalität erkannt ist. Unterbrechung der Monotonie und Alltagssicherheit auch des DDR-Alltags mittels von ihm wegführender Lektüren wird nicht mehr kategorisch verdammt, denn der „stumme Zwang“ (Marx) gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse mag schon dafür sorgen, daß es sich nur um ein zeitweiliges — zudem ideelles — „Aussteigen“ aus dem DDR-Alltag, seinen Routinen, Monotonien und Zwängen handelt — auch dann, wenn es um ein auch in anderen Gesellschaften gleichermaßen ausgeprägtes Fluchtmotiv geht.

Die Koppelung von Fluchtmotiven und Depravation durch Dietrich Sommer u. a. ist jedoch in jedem Fall wissenschaftlich unzureichend, lenkt sie doch den analytischen Blick weg von einer vorhandenen Literatur und den „Thatsachen, welche ihre Existenz nützlich machen“⁵²⁾. So gesehen, fallen die Deutungen der Hallenser Literatursoziologen noch hinter bürgerliche Aufklärung und deren Literaturwissenschaft zurück.

⁴⁶⁾ Ebd.

⁴⁷⁾ Nach D. Sommer u. a. (Hrsg.), (Anm. 17), S. 523 bis 532, Abb. 1—10, ist das Lektüremotiv Ablenkung vor allem bei: älteren Menschen, Hausfrauen/Rentnern, 8-Klassen-Schulabschluß, Gar-Nicht- oder Kaum-Lesern, kurz: noch immer kunst- und literaturfernen und -unbeeindruckten DDR-Bürgern ausgeprägt. Dies sind die kulturell depravierten. Das Ablenkungs- bzw. Fluchtmotiv jedoch ist gesellschaftlich viel ausgeprägter und keineswegs allein auf diese Sozialprofile beschränkt.

⁴⁸⁾ R. Prutz, Über die Unterhaltungsliteratur, insbesondere der Deutschen, in: Kleine Schriften. Zur Politik und Literatur, 2 Bde., Merseburg 1847, Bd. 2, S. 168.

⁴⁶⁾ Ebd., S. 115: „Ihnen gegenüber eine Haltung der Verachtung einzunehmen, würde einem oberflächlichen ästhetischen Subjektivismus gleichkommen.“

⁴⁷⁾ D. Löffler, (Anm. 4), S. 107/108.

⁴⁸⁾ A. Walter, Evasion oder Entlastung. Bemerkungen zu einem Lesemotiv; in: T. Höhle/D. Sommer, (Anm. 35), S. 55—66, hier S. 59.

⁴⁹⁾ Ebd., S. 65.

In ihrer letzten Untersuchung versuchte die Hallenser Arbeitsgruppe in Form von „Intensivgesprächen mit Lesern über Gelesenes“ — Teilnehmer waren nicht näher bezeichnete „Werktätige einer Maschinenfabrik in Halle und einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im Kreis Querfurth“⁵³⁾ — mehr über Lektürewirkung einerseits und das Moment der Ablehnung und Nichtakzeptanz von „sozialistischer Gegenwartsliteratur“ der DDR andererseits zu erfahren. In diesem Zusammenhang erkannte Dietrich Sommer „die Präponderanz des Lebens gegenüber der Literatur“⁵⁴⁾. Sie rufe denn letztlich auch die — quantitativ nicht mitgeteilten — Bedenken gegen die diskutierte „sozialistische Gegenwartsliteratur“ hervor (diskutiert wurde über eine Erzählung Erik Neutschts, die zumindest räumlich den Befragten nahegelegen haben dürfte⁵⁵⁾:

„Es ist aufschlußreich, daß Vorbehalte gegenüber der Erzählung stets dadurch gekennzeichnet sind, daß vergleichbare (nicht unbedingt gleichartige!) Lebens- und Wirklichkeitserfahrungen nicht betroffen wurden, sei es, daß die Erlebnisgrundlage fehlte, sei es, daß andersartige persönliche Verallgemeinerungen von ähnlich gelagerten Fällen den Genuß an der Darbietung und teilweise auch an der Erzählerwertung beeinträchtigen konnten. Als Gründe dafür, daß die Erzählung im großen und ganzen nur teilweise, nicht besonders gut, wenig oder gar nicht gefallen habe, wurden angegeben: Es wirkt alles ‚übertrieben‘ oder ein wenig ‚verworfen‘, wie die Probleme dargestellt werden; Durchführung und Lösung der Konflikte seien zu ‚einfach‘, zu ‚offensichtlich‘, zu ‚vordergründig‘, die Figuren ‚zu typisch‘ angelegt; alles sei zu viel mit ‚Ar-

beit‘ belastet, man wolle ‚echte‘ Geschichten lesen, in die Figuren wird ‚zu viel hineingepackt‘.“⁵⁶⁾

Das im Zitat berichtete *Bedürfnis nach „echten“ Geschichten* zeigt allerdings in aller Anschaulichkeit nichts anderes als ein Entlastungs- und Fluchtmotiv der „Werkstätigen“, dem — hier kann sicherlich verallgemeinert werden — durch vorwiegend didaktisch angelegte, typisierte und relativ spannungslose Geschichten „sozialistischer Gegenwartsliteratur“ nichts entgegenzusetzen ist⁵⁷⁾ — zumal, wenn darin das Syndrom Arbeit aufscheint und die fiktional gebotenen Konfliktlösungsmöglichkeiten oberhalb der alltäglich erfahrenen Lebenspraxis der Leser angesiedelt sind.

Als ein erfolgreiches Beispiel populärer „sozialistischer Gegenwartsliteratur“ führt Dieter Schlenstedt vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR hingegen Hermann Kants Mitte der sechziger Jahre publizierte Roman „Die Aula“ an⁵⁸⁾. Hier handelte es sich um das „Erzählen ernster und heiterer Geschichten“ und um den „Versuch, historisches Selbstbewußtsein in vergnüglicher Weise anzuregen (für welchen Doppelansatz das Komische zeugt) durch Einführung einer Kommentarebene, die das Reflektieren ermöglicht und ästhetisches Denken alltagsnah und in Bewegung zeigt, in dem Geschichte neu befragt wird“⁵⁹⁾ innerhalb des Spektrums „sozialistischer Gegenwartsliteratur“ der DDR.

Insofern konnten — so Schlenstedt weiter — Autor und Roman wohl „auch einen Lernprozeß in Gang setzen: *Die Aula* wurde mit einer Auflagenhöhe von etwa 800 000 in Breite und Tiefe der Wirkung zu einem der größten Erfolge unserer Literatur“⁶⁰⁾.

VI. Schlußbetrachtung

Allen beeindruckenden Daten über das „Lese-land“ Deutsche Demokratische Republik zum Trotz gibt es offensichtlich auch in der DDR-„Literaturgesellschaft“ zumindest in weiten Teilen gleichgültige und indifferente Leseantriebe und Lektüreausrichtungen gegenüber

der „sozialistischen Gegenwartsliteratur“. Sie korrespondieren formal mit vergleichbaren unterhaltungsliterarischen Bedürfnissen westlicher Gesellschaften — nicht zuletzt der

⁵³⁾ D. Sommer, (Anm. 34), S. 160; methodisch kehrt die Hallenser Forschergruppe damit zur „Leserdiskussion als Quelle soziologischer Erkenntnis“ zurück (vgl. H. Oswald, [Anm. 17], S. 44—49).

⁵⁴⁾ D. Sommer, (Anm. 34), S. 172.

⁵⁵⁾ Vgl. E. Neutschts' Erzählung: *Drei Tage unseres Lebens*, zuerst in: *Die anderen und ich. Erzählungen, Halle (Saale) 1970*; wiederabgedruckt in: *Tage unseres Lebens. Geschichten*, Leipzig 1973.

⁵⁶⁾ D. Sommer, (Anm. 34), S. 161 f.

⁵⁷⁾ Damit ist natürlich nichts gesagt über Neutsch's ausgreifenden real-sozialistischen DDR-„Klassiker“: *Spur der Steine*. Roman, Halle (Saale) 1964; in 20. Auflage mit 354 000 Exemplaren 1978.

⁵⁸⁾ Vgl. H. Kant, *Die Aula*. Roman, Berlin (Ost) 1965.

⁵⁹⁾ D. Schlenstedt, (Anm. 45), S. 117.

⁶⁰⁾ Ebd., S. 118; — wobei Kants Roman z. T. schulische Muß-Lektüre ist, was natürlich aufklagefördernd wirkt.

bundesrepublikanischen —, bedeuten aber nicht notwendig eine literarische Flucht in den Westen, sondern zunächst nur Distanz(en) gegenüber dem DDR-Alltag und seiner literarischen Verdoppelung.

Daß diese Bedürfnisse sich in besonderen Lektüreinteressen, Lesestoffen, Genres und Themen ausdrücken, ist inzwischen auch mittels literatursoziologischer Forschungen in der DDR empirisch belegt und unbestreitbar. Ebenso dürfte erkannt sein, daß diese Bedürfnislagen, zumal wenn sie als grundsätzlich legitim erachtet und anerkannt werden, gewiß nicht durch irgendwelche kunst- und literaturpropagandistischen Kampagnen neutralisiert, funktionalisiert und umgelenkt werden können. Zugleich scheinen sowohl im tatsächlichen, aktuellen Leseverhalten als auch in den tieferliegenden Leseantrieben, Lektüreinteressen, themen- und genrebezogenen Lesestoffen Momente einer verborgenen Gesellschaftlicher „Kontrapunkt“⁶²⁾ oder auch als spurenhafte Elemente historisch älteren volkstümlichen Drangs nach eigenem, vitalen Ausdruck⁶³⁾ gesehen werden — verweisen aber in jedem Fall auf die ungelöste „Wechselwirkung [...] zwischen dem fertig Gestalteten und dem Suchen nach eigenem Ausdruck“⁶⁴⁾.

Leseverhalten und Lektüreinteressen in der DDR der siebziger Jahre veranschaulichen aber auch das vorhandene Ausmaß gesellschaftlicher Differenzierung. Die breit und nicht zuletzt im Lager der „unmittelbaren Pro-

duzenten“ (Marx) vorhandenen Leseinteressen und Lektürebedürfnisse verweisen, auch in ihrer offensichtlichen Gleichgültigkeit und Indifferenz gegenüber „sozialistischer Gegenwartsliteratur“, damit durchaus auf die „Vitalität der Bedürfnisse“⁶⁵⁾. Deren ideeller Ausdruck ist, sicherlich nicht zufällig im „Lese-land“ DDR, jene Spannungs- und Entspannungsliteratur als Ausdruck von Entlastungs-, Flucht- und Verweigerungstendenzen gegenüber dem DDR-Alltag⁶⁶⁾, seiner relativen Sicherheit, aber auch der mit ihr notwendig einhergehenden Statik und Monotonie. Diesem steht der noch immer vorhandene „Hunger nach Unmittelbarkeit“ (Siegfried Kracauer) in Form erkennbarer Lektüreinteressen und Lesemotive drängend und in seiner zunächst immer gegebenen Ambivalenz gegenüber.

Die Untersuchung von Leseverhalten, Lektüreinteressen und Leseerfahrung in der DDR zeigt aber noch einen weiteren Aspekt: Jene Autoren und Werke der DDR, die in der Bundesrepublik als *die* DDR-Literatur diskutiert werden⁶⁷⁾, sind in der DDR Lesestoffe einer Minderheit. Christa Wolfs „Kein Ort. Nirgends“ ist — hüben wie drüben — ebensowenig ein den Lektüreinteressen der Vielen entgegenkommender Lesestoff wie ihre „Kassandra“. Was man auf beiden Seiten bedauern mag — aber doch zumindest drüben wie hüben kenntnishaft registrieren könnte.

⁶¹⁾ Vgl. V. Aubert, *The Hidden Society*, Totawa (N. J.) 1965.

⁶²⁾ Vgl. etwa F. W. Wertheim, *Society As a Composite of Conflicting Value Systems*, in: *East-West Parallels*, Chicago (Ill.) 1965, S. 23—39.

⁶³⁾ Vgl. etwa M. Bachtin, *Rebele i Gogol*, in: *Voprosy literatury i estetiki*, Moskau 1975, S. 484 bis 495.

⁶⁴⁾ P. Weiss, *Die Ästhetik des Widerstands*, Bd. 1, Frankfurt/Main 1975, S. 188.

⁶⁵⁾ A. Gramsci, *Letteratura popolare*, in: *Letteratura e vita nazionali*, Turin 1966⁶⁾, S. 117 f.

⁶⁶⁾ Vgl. etwa die Gestaltungsversuche von E. Loest, *Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene. Roman*, Halle (Saale) 1978 und Stuttgart 1978; zuletzt I. Böhme, *Die da drüben*. Sieben Kapitel DDR, Berlin (West) 1982.

⁶⁷⁾ Vgl. zuletzt etwa W. Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte der DDR*, Darmstadt-Neuwied 1981; J. Scharfschwerdt, *Literatur und Literaturwissenschaft in der DDR. Eine historisch-kritische Einführung*, Stuttgart u. a. 1982.

Der „dritte Weg“ als deutsche Gesellschaftsidee

I. Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich seit 1949 als Bestandteil des westlichen Europas und der westlichen Welt. Dieses Prinzip westdeutscher Politik formulierte Bundeskanzler Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung wie folgt: „Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“¹⁾

Konrad Adenauer stellte die Weichen in diese Richtung. Er setzte sich entschieden für die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen ein, da für ihn die Begründung einer dauerhaften Demokratie in Deutschland untrennbar mit der vorbehaltlosen Integration in die westliche Staatengemeinschaft verknüpft war. Diese Entscheidung verstand er als historische Absage an die Vorstellungen eines „deutschen Sonderweges“ und einer unruhigen Schaukelpolitik zwischen Ost und West.

„Westintegration“ war jedoch in den fünfziger Jahren ein Reizbegriff. Die SPD bekämpfte Adenauers Politik heftig, weil sie befürchtete, daß die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen die Einheit der deutschen Nation aufs Spiel setze. Unter den gegebenen Macht-

verhältnissen ließ sich ihrer Ansicht nach die Westintegration der Bundesrepublik nicht mit dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung vereinbaren. 1960 stimmte schließlich auch die SPD Adenauers außenpolitischem Kurs zu. Die Bundesrepublik fand somit, getragen von dem Konsens der Regierungsparteien und der Opposition, ihren vorerst endgültigen und unbestrittenen Platz im europäischen Konzept, im Kreis der westlichen Demokratien.

Seit einigen Jahren hingegen ist die „Bündnisfrage“ der Bundesrepublik erneut im Gespräch, stellen manche Gruppen deren Herauslösung aus der atlantischen Allianz offen zur Diskussion. Spätestens seit dem Nein vieler Bundesbürger zur „Nachrüstung“ der NATO findet ein alter Gedanke neuen Anklang. Es ist die Vorstellung eines „dritten Weges“ zwischen Ost und West. Gerade auf intellektuelle Schriftsteller hat diese für Deutschland wegen der geographischen Mittellage charakteristische Gesellschaftsidee stets eine besondere Faszinationskraft ausgeübt. Der folgende Beitrag stellt die Denkfigur an einigen Beispielen aus der politischen Literatur dar, die hier einer ideologiekritischen Betrachtung unterzogen werden.

II. Die Revolution 1918/19

In Thomas Manns Werk „Der Zauberberg“ (1924) wird die Stellung Deutschlands in der Welt konfiguriert. Den Mittelpunkt des Romans bildet die große Auseinandersetzung zwischen dem Rationalisten Settembrini und dem Irrationalisten Naphta, seinem ideologischen Gegenspieler. Westliches und östliches Denken prallen in diesen Figuren aufeinander. Zwischen beiden Positionen steht nach der Deutung von Thomas Mann der Deutsche. In Hans Castorp ist die „deutsche Mitte“ personifiziert, auf die die geistigen Prinzipien des Zeitalters einwirken. Thomas Mann wollte die Versöhnung der durch Settembrini und Naphta repräsentierten Geistesströmungen. Deren Synthese erblickte er in der politi-

schen Verfassung der Republik. Sie setzte er in seiner Rede „Von deutscher Republik“ (1922) gleich mit der Idee der Humanität, der Einheit von Staat und Kultur, der „deutschen Mitte“. Thomas Mann verteidigte die Weimarer Republik gegen ihre Verächter von links und rechts.

Die nationalistische Rechte hingegen sagte der Weimarer Republik den Kampf an. Sie suchte auf vielfältige Weise nach einem „dritten Weg“ zwischen Demokratie und Diktatur. Der Ständestaatstheoretiker Othmar Spann beispielsweise sah ihn in einem korporatistischen autoritären System²⁾.

Die literarische Linke bezog ebenfalls häufig gegen die Weimarer Republik Stellung. Ihre

¹⁾ K. von Beyme (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München 1979, S. 71.

²⁾ Vgl. K. D. Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982.

Anti-Haltung war begründet in der gescheiterten Revolution von 1918/19, die unerfüllte Hoffnungen auf eine sozialistische Demokratie, auf einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, zurückgelassen hatte. Die enttäuschten Erwartungen vieler Schriftsteller und Intellektueller richteten sich nun gegen die Weimarer Republik.

1. Die Idee einer freien Räterepublik

In der bayerischen Revolution 1918/19 griffen Schriftsteller zum ersten Mal aktiv in das politische Geschehen ein. Sie wirkten erstmals in der deutschen Geschichte bei der Gründung eines revolutionären Staates mit. Die Autoren Kurt Eisner, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Ernst Toller glaubten, durch die Revolution die traditionelle Trennung zwischen Geist und Macht, zwischen Gedanken und Tat aufgehoben zu haben. Als Dichterrevolutionäre strebten sie eine Gesellschaft an, die einen „dritten Weg“ zwischen bolschewistischem Räterestaat und bürgerlich-parlamentarischer Demokratie suchte.

Mit seiner Konzeption einer „produktiven Demokratie“ wollte Kurt Eisner ein völlig neues System schaffen, das den Interessen aller Gruppen der Gesellschaft entsprechen sollte. Dabei schien ihm weder das parlamentarische System in seiner bisherigen Form noch das Räterestaat nach bolschewistischem Vorbild geeignet, sondern nur die Verbindung von Räten und Parlament. Eisner wollte damit die Demokratisierung der Gesellschaft von unten nach oben bewirken und die Entfremdung zwischen Volksvertretern und Bürgern verhindern.

Erich Mühsam und Gustav Landauer drängten über die Grenzen hinaus, die Eisner der revolutionären Politik gesetzt hatte. Sie forderten die volle exekutive und legislative Gewalt für die Räte und stellten dem Parlamentarismus, der „zur Ausschließung des eigenen Urteils und des eigenen Willens“ führe, das Räterestaat als Verkörperung des Prinzips der „Selbstverantwortung“ entgegen. Gleichzeitig aber grenzten sie sich vom Bolschewismus ab³⁾. Das Räterestaat begriffen die Autoren als Konzept einer direkten Demokratie, das im Gegensatz zu Formen der repräsentativen Demokratie stand. Sie sahen in ihm die Möglichkeit, einen „freiheitlichen Sozialismus“ zu verwirklichen, der sich vom kapitali-

stischen Wirtschaftssystem und vom Staatssozialismus abhob.

Die „anarchistische“ Dichterrepublik scheiterte 1919. Den Revolutionären mangelte es an politischer Erfahrung. Ihre utopischen Entwürfe ließen sich mit der politischen Wirklichkeit nicht in Einklang bringen⁴⁾. Ernst Toller, der in seinem Stück „Die Wandlung“ (1919) zu einer „Revolution der Gesinnung“ aufgerufen hatte, rechnete in seinem Drama „Masse-Mensch“ (1920) mit den Ereignissen der Münchner Räterepublik ab. In den beiden Gegenspieler seines Dramas (der Namenlose und Sonja Irene L.) ist der geistige Grundkonflikt der Weimarer Republik konfiguriert, den Max Weber als Gegensatz von Gesinnungs- und Verantwortungsethik beschrieben hat. Der Namenlose in Tollers Stück erstrebt eine neue Gesellschaft durch Zerstörung und Gewalt. Er handelt nur nach seiner Weltanschauung und opfert im Dienst seiner Idee den anderen. Sonja Irene L. vertritt das Prinzip der Gewaltlosigkeit; sie opfert sich selbst und macht aus der irrationalen Masse durch ihr Beispiel denkende Individuen, die zur Gemeinschaft fähig sind, wobei sie die Freiheit des einzelnen über ihre Gesinnung stellt. In „Masse-Mensch“ entscheidet sich Ernst Toller für die Verantwortungsethik, für einen ethischen Sozialismus.

Diese Position wird kontrapunktiert durch Bertolt Brechts Stück „Die Maßnahme“ (1930). In dem Lehrstück werden vier Agitatoren nach China gesandt, um dort die Revolution zu verbreiten. Ein Genosse empfindet Mitleid mit den Unterdrückten; er will dem Unrecht abhelfen und schreitet sofort zur Aktion. Er trennt Gefühl und Verstand und „sündigt“ damit an der Revolution. Der Genosse wird mit seinem Einverständnis erschossen. Die Agitation für die Revolution siegt über die Menschlichkeit. Den Konflikt zwischen Gewalt und Barmherzigkeit, zwischen Dogmatismus und Verantwortung beantwortet Brecht im Sinne der Gesinnungsethik und eines inhumanen, doktrinen Kommunismus.

2. Die Chancen eines „dritten Weges“ 1918/19

Die realen Möglichkeiten eines „dritten Weges“ in der Revolution 1918/19 werden von

³⁾ Das Utopisch-Illusionäre der Dichterrevolutionäre von 1918/19 schildert Oskar Maria Graf in seinem Buch „Wir sind Gefangene“. Zur Beteiligung deutscher Schriftsteller an der Revolution 1918/19 siehe ausführlich: W. Frühwald, Kunst als Leben und Tat. Über den Anteil deutscher Schriftsteller an der Revolution in München 1918/19, in: W. Frühwald/G. Niggel (Hrsg.), Sprache und Bekenntnis, Berlin 1971, S. 361—389.

⁴⁾ Vgl. U. Linse, Die Anarchisten und die Münchner Novemberrevolution, in: K. Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München — Wien 1969, S. 37—73.

den Historikern kontrovers beurteilt. Karl Dietrich Erdmann beispielsweise vertritt die These, daß es 1918/19 um ein Entweder-Oder gegangen sei: „um die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps⁵⁾. Von diesem Standpunkt aus wurde die Rolle der SPD 1918/19 positiv eingeschätzt: Die Sozialdemokratie habe eine realistische Politik betrieben und eine Diktatur nach sowjetrussischem Muster verhindert.

Autoren wie Walter Tormin, Eberhard Kolb, Peter von Oertzen und Reinhard Rürup betonen dagegen, daß es 1918/19 durchaus die Möglichkeit eines „dritten Weges“ gegeben habe, nämlich die Option für eine soziale Demokratie mit entschiedeneren Reformen — zusammen mit den Kräften der Rätebewegung⁶⁾. Das Reformpotential der Räte habe sich, so die Position der „Revisionisten“, sehr wohl mit der parlamentarischen Demokratie vereinbaren und für Veränderungen in Verwaltung, Justiz und Militär nutzen lassen, welche die Demokratie stärker hätten fundamentieren können. Unter diesem Aspekt wurde die Rolle der SPD 1918/19 eher kritisch gesehen: Die Sozialdemokratie habe die bolschewistischen Kräfte in den Räten über- und die Gefahr von rechts unterschätzt; die Sozialdemokraten hätten die Chance zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der Gesellschaft vertan.

Diese Position verkennt freilich, daß das Steckenbleiben der Revolution 1918/19 nicht nur dem Versagen der SPD-Führung zugeschrieben werden kann; es war vielmehr, wie Richard Löwenthal darstellt, Ausdruck einer strukturellen Schwierigkeit. Der Umbruch 1918/19 vollzog sich nämlich nicht in einer

überwiegend agrarischen, sondern in einer hochindustrialisierten Gesellschaft. Mit dem Entwicklungsgrad einer Gesellschaft erhöht sich, so Löwenthal, die Bedeutung der öffentlichen Verwaltung, der Bedarf an administrativer Dienstleistung. Deshalb habe der Versuch der SPD, eine freiheitlich-demokratische Verfassung einzuführen, ohne zuvor gegen den vordemokratischen und im Effekt antidemokratischen Staatsapparat vorzugehen, durchaus den Bedürfnissen breiter Massen entsprochen; denn diese hätten sich zugleich nach neuer Freiheit und nach Kontinuität ihrer Lebensordnung und des sie sichernden administrativen Rahmens gesehnt⁷⁾.

Auch der schon erreichte Grad der Demokratisierung stand einer revolutionären Totalumwälzung 1918/19 entgegen, denn auf Reichsebene bestand das allgemeine Wahlrecht schon seit 1871, und wenige Wochen vor dem Umsturz im November 1918 wurde in Deutschland die parlamentarische Demokratie eingeführt. Deshalb wäre eine Politik, die eine Phase der revolutionären Diktatur bewußt in Kauf genommen hätte, wohl auf den Widerspruch von vielen gestoßen, die darin eine Gefahr für die bereits bestehenden Möglichkeiten politischer Partizipation gesehen hätten.

Heinrich August Winkler zieht das Fazit: Die regierenden Sozialdemokraten kamen, wenn sie kein Chaos heraufbeschwören wollten, an einer begrenzten Zusammenarbeit mit den Trägern des alten Regimes nicht vorbei; das Ausmaß dieser Zusammenarbeit und damit der politischen und sozialen Kontinuität zwischen Monarchie und Republik war aber erheblich größer, als es die Situation erforderte; die Versäumnisse der ersten Stunde bedeuteten eine schwere Hypothek der Weimarer Republik, ohne daß sich daraus das Fiasko von 1933 direkt ableiten lassen würde⁸⁾.

III. Ansätze in der Weimarer Republik

Zwar blieb 1918/19 eine revolutionäre Totalumwälzung der Gesellschaft aus, doch fand in der Zeit der Weimarer Republik eine intensive Diskussion über den „dritten Weg“ statt. Diese berührte vor allem den wirtschaftspolitischen Bereich.

So prägte beispielsweise Wichard v. Moellendorf den Begriff der „Gemeinwirtschaft“. Die Verfechter dieser Konzeption wollten weder

den Kapitalismus mit seinem freien Spiel der Kräfte noch die Zentralverwaltungswirtschaft. Ihr Ziel war die bewußte Gestaltung der gesamten Wirtschaft, die demokratische Kontrolle der ökonomischen Entwicklung. Diese sollte durch planmäßige Wirtschafts-

⁵⁾ Vgl. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955) 3, S. 6 ff.

⁶⁾ Vgl. K. D. Erdmann, Die Weimarer Republik, München 1980, S. 46—49.

⁷⁾ R. Löwenthal, Die deutsche Sozialdemokratie in Weimar und heute. Zur Problematik der „versäumten“ demokratischen Revolution, in: ders., Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt 1979, S. 201—203.

⁸⁾ H. A. Winkler, Das Dilemma der Weimarer Sozialdemokratie, in: Merkur, 36 (1982) 12, S. 1174.

lenkung, Mitbestimmung der Arbeitnehmer sowie Vergesellschaftung bestimmter Betriebe und Industriezweige erreicht werden. Sozialismus bedeutete in diesem Konzept nicht Sozialisierung, sondern eine vom Gesamtinteresse der Gesellschaft bestimmte Wirtschaft.

Im Jahre 1928 legten die Freien Gewerkschaften durch ihren Sprecher Fritz Naphtali ihr Programm der „Wirtschaftsdemokratie“ vor. Unter dem Motto: „Durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus“ war die „Wirtschaftsdemokratie“ als Durchgangsstufe

zu einer sozialistischen Umgestaltung der Besitzverhältnisse, als „eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung“ konzipiert. Sie richtete sich zum einen gegen private Entscheidungsgewalt in Fragen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und strebte daher einen wachsenden Einfluß des demokratischen Staates auf das Wirtschaftsleben an. Zum anderen begriff sie sich als Gegensatz zur wirtschaftlichen Autokratie und intendierte deshalb eine Neuordnung der inneren Struktur der Betriebe.

IV. Der deutsche Neubeginn nach 1945

Die Überlegungen zur Zeit der Weimarer Republik bildeten den Ausgangspunkt für die politischen Entwürfe nach dem Zweiten Weltkrieg, auch für die Diskussion über den „dritten Weg“. Im Gegensatz zur erkennbaren Entfremdung des Geistes von der politischen Realität nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich 1945 die Überzeugung von der politischen Verantwortung des Schriftstellers und Intellektuellen durch. Viele Autoren waren der Ansicht, daß Politik künftig nicht denkbar sei ohne einen erheblichen Beitrag des Geistes. Sie glaubten erkannt zu haben, daß die Distanz des Geistes zur Politik in die Katastrophe auch des „Sich-Bewahrenden“ führt. Die Politisierung des Bewußtseins war damit eine Schlußfolgerung der Autoren aus den Geschehnissen des „Dritten Reiches“⁹⁾.

In seinem Roman „Doktor Faustus“ (1947) machte Thomas Mann deutlich, daß der Nationalsozialismus das Schreckgespenst eines „deutschen Europas“ heraufbeschworen und so des Dichters Lebensidee von einem „europäischen Deutschland“ überrollt hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand deshalb Deutschlands „Weg nach Europa“¹⁰⁾ im Zentrum seiner politischen Wünsche und Hoff-

nungen. Thomas Mann sprach stellvertretend für viele Schriftsteller, die einmütig der Auffassung waren, daß die neue politische Ordnung in Deutschland nur eine freiheitliche Demokratie sein konnte. Zwar neigten viele Autoren prinzipiell dem Gedankengut der westlichen Demokratien zu, doch waren keineswegs alle Schriftsteller und Intellektuelle auch davon überzeugt, daß Deutschlands Platz in der Weltgeschichte allein im Westen sein müsse.

1. „Der Ruf“

So traten Hans Werner Richter und Alfred Andersch, die Herausgeber der Zeitschrift „Der Ruf“, aus der später die „Gruppe 47“ hervorging, für einen demokratischen Sozialismus ein, in dem sich Freiheit und Planung konstruktiv verbinden sollten. Indem Deutschland die Idee der Demokratie und die Idee des Sozialismus zu vereinen suchte, war es in den Augen von Andersch und Richter in besonderem Maße dafür geeignet, eine „Brücke zwischen Ost und West“¹¹⁾ zu schlagen. Die Autoren des „Ruf“ dachten an eine ost-westliche Symbiose, an einen mittleren Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Sie faßten Deutschland als Experimentierfläche zweier Ideen-Räume, als Ferment zwischen zwei Ordnungen auf: Deutschland sollte den Sozialismus demokratisieren und die Demokratie sozialisieren¹²⁾.

Im Mittelpunkt der politischen Konzeption des „Ruf“ stand die Verbindung von demokratischer Staatsform und sozialistischer Wirtschaftsordnung, die Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Demokratie. Im Rückblick hat Hans Werner Richter die Grundidee folgendermaßen erläutert: „Wir

⁹⁾ H. Krüger, Der Staat und die Intellektuellen. Autobiographie eines Verhältnisses, in: Frankfurter Hefte, 27 (1972) 7, S. 489f.; Hans Paeschke wies 1947 darauf hin, „daß die falsche Spaltung von Politik und Moral, von Macht und Geist, das mangelnde Verhältnis der deutschen Intelligenz zum öffentlichen Leben für die ... unheilvolle Entwicklung unserer Geschichte verantwortlich zu machen ist.“, in: Merkur, 1 (1947) 1, S. 104; in den „Frankfurter Heften“ sprach Eugen Kogon ebenfalls von der Trennung zwischen Geist und Politik, die sich in der deutschen Geschichte verhängnisvoll ausgewirkt habe; er hoffte nach 1945 auf die „Revolution der Wiederbegegnung von Geist und Politik in Deutschland“, in: Frankfurter Hefte, (1946) 4, S. 17 u. 26.

¹⁰⁾ Th. Mann, Ansprache im Goethejahr 1949, Frankfurt 1949, S. 12.

¹¹⁾ In: Der Ruf, (1946) 4.

¹²⁾ In: Der Ruf, (1946) 4 und Der Ruf, (1946) 6.

wollten unter gar keinen Umständen eine neue Diktatur von welcher Seite auch immer, sondern eine Demokratie mit einem freiheitlichen Parlament . . . wir konnten uns die Vergesellschaftung der Produktionsmittel einerseits und den Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft, mit einer Parteienvielfalt und einem Parlament, wie es die bürgerliche Revolution hervorgebracht hat, andererseits, sehr gut vorstellen . . ."¹³⁾

Die Autoren des „Ruf“ machten deutlich, daß der „deutsche Sonderweg“ ein Irrweg gewesen war, der letztlich zur Gewaltherrschaft Hitlers geführt hatte. Deutschland sollte daher künftig als Machtfaktor in Europa und in der Welt ausscheiden und sich nun mit der Rolle des Vermittlers begnügen. Die Brückenfunktion, die Deutschland von den Autoren des „Ruf“ zugeordnet wurde, ließ freilich erkennen, daß dieses in ihren Augen immer noch eine besondere Berufung hatte. Interessant ist dabei der deutliche Widerspruch in den außenpolitischen Vorstellungen von Andersch und Richter. Die Herausgeber des „Ruf“ wollten einerseits die nationale Einheit bewahren, äußerten aber andererseits die Überzeugung, daß die nationalstaatliche Ära vorbei sei, und verfochten deshalb die Europa-Idee. Der „dritte Weg“ von Andersch und Richter blieb ohne klare Konturen. Demgegenüber entwickelten die Theoretiker des Neo-Liberalismus und die Praktiker der sozialen Marktwirtschaft¹⁴⁾ bald ein konkretes und erfolgreiches Konzept für die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Nachkriegsdeutschland, das sie auch in die Praxis umsetzen konnten.

2. Die „Frankfurter Hefte“

Walter Dirks und Eugen Kogon, die Herausgeber der 1946 gegründeten linkskatholischen Zeitschrift „Frankfurter Hefte“, traten dafür ein, aus der Vergangenheit zu lernen. Als einen entscheidenden Strukturfehler der

¹³⁾ H. W. Richter, Vorwort, in: H. A. Neunzig (Hrsg.), *Der Ruf. Unabhängige Blätter für die junge Generation*, München 1976, S. 8.

¹⁴⁾ Die Vertreter des Neo-Liberalismus wollten nach 1945 zwar den Kapitalismus in erneuerter Form fortsetzen. Gleichwohl gab es auch bei ihnen die Vorstellung eines „dritten Weges“. Alfred Müller-Armack beispielsweise betonte, daß ein extremer Liberalismus ebenso abzulehnen sei wie jede zentralistische Wirtschaftsordnung. Ein neuer Weg müsse gesucht werden, und dieser Weg sei der „Sozialhumanismus“ oder der „Staatshumanismus“, der sich positiv abhebe vom herkömmlichen Liberalismus und Kollektivismus. Vgl. dazu: A. Müller-Armack, *Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts*, Gütersloh 1949.

Weimarer Republik glaubten sie den Widerspruch zwischen der demokratischen Verfassung und dem Einfluß wirtschaftlicher Machtgruppen erkannt zu haben. Walter Dirks kennzeichnete die Problematik der Weimarer Republik in der ersten Nummer der „Frankfurter Hefte“ mit folgenden Worten: „Wir haben nicht vergessen, daß die Demokratie von 1918 auch deshalb machtlos war, weil sie nur den Staat, nicht aber die Wirtschaft zu demokratisieren unternahm.“¹⁵⁾

Die Schlußfolgerung von Dirks und Kogon lautete: Man muß das 1918 Versäumte nachholen und nach 1945 nicht nur die politische, sondern auch die „wirtschaftliche“ oder „soziale Demokratie“ verwirklichen. Dementsprechend traten sie für einen „personalistischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ ein und glaubten, man könne Planung und individuelle Freiheit verbinden, indem man die Planung begrenze („Markt-Planwirtschaft“). Bevorzugt wurden indirekte Methoden der Wirtschaftssteuerung, insbesondere eine Investitionsplanung. „Sozialisieren heißt nicht verstaatlichen“, schrieb Dirks, „sondern vergenossenschaftlichen . . . Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie ‚Wirtschaftsdemokratie‘ . . .“. Nicht der Staat, sondern das Volk, beispielsweise in Form von „Sozialgemeinschaften“, sollte Träger der „mit Freiheit durchgesetzten Wirtschaftsplanung“ sein¹⁶⁾.

3. Ulrich Noack

Im Gegensatz zu den Vorstellungen des „Ruf“ hing der Neutralismus, den der Würzburger Historiker Ulrich Noack in den späten vierziger Jahren vertrat, nicht mit sozialistischen Stimmungen zusammen. Noack wollte die politische Zugehörigkeit Deutschlands zur westlichen Welt nicht in Frage stellen. Als er seine leitende Idee, die Neutralisierung Deutschlands, vorstellte, dachte er nicht an Mischformen in der politischen und gesellschaftlichen Struktur des künftigen Deutschlands, sondern an einen geistigen Austausch zwischen Ost und West, den Deutschland bewirken sollte. Deutschland durfte sich nach seiner Überzeugung nicht abkapseln, sondern mußte sich im Gegenteil nach allen Seiten öffnen und als Vermittler zwischen Ost und West auftreten. In Noacks Konzeption diente Bismarck mit seiner Vorstellung des „ehrli-

¹⁵⁾ W. Dirks, *Die zweite Republik*, in: *Frankfurter Hefte*, (1946) 1.

¹⁶⁾ Ebd.; vgl. dazu den Rückblick von E. Kogon, *Dreißig Jahre — wohin?*, in: A. Eggebrecht (Hrsg.), *Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945*, Reinbek 1979, S. 78.

chen Maklers" als Vorbild. Erst die Umwandlung Deutschlands in eine entmilitarisierte, neutrale Zone konnte nach seiner Auffassung den weltpolitischen Gegensatz entschärfen und den Frieden sichern. Für seine Neutralisierungsidee hatte das pazifistische Motiv größeres Gewicht als das nationale Argument¹⁷⁾.

Seinen politischen Gegenentwurf zur Westintegration der Bundesrepublik stellte der Würzburger Historiker im „Nauheimer Kreis“, einem privaten Diskussionszirkel, der Öffentlichkeit vor. Bei der ersten Tagung des Kreises am 31. Juli 1948 sagte Heinrich von Brentano, der spätere Bundesaußenminister, zu Noacks Plan: „... Ob wir dadurch im Herzen Europas ein machtpolitisches Vakuum schaffen, das ist die Frage, die offen bleibt. Ich fürchte es fast... Solange Sowjetrußland besteht, wird es dynamisch sein. ... Eine solche Neutralisierung muß zwangsläufig dazu führen, daß Rußland dann wieder vorstößt in den schwächsten Raum...“. Ulrich Noack versuchte dagegen, die Besorgnisse zu zerstreuen: „... Ich meine, ein Vakuum liegt nicht vor, wenn eine starke geistige Haltung da ist, und wenn die sozialistischen und christlichen und demokratischen Gruppen sich außenpolitisch einig sind...“¹⁸⁾.

Ulrich Noack glaubte daran, daß Ideen eine entscheidende Rolle spielen könnten, und ignorierte demgegenüber die Faktoren der realen Politik, seien es ökonomische Interessen

V. Die Protestbewegung von 1968

Hatten die Verfassungsväter der Bundesrepublik bei der Konstituierung des Grundgesetzes ein tiefes Mißtrauen gegen Formen unmittelbarer Demokratie gezeigt und auf das Prinzip der Repräsentation gesetzt¹⁹⁾, so kennzeichnete die Protestbewegung der sechziger Jahre demgegenüber das bestehende Repräsentativsystem als „autoritär“ und verwarf es zugunsten plebiszitärer und partizipatorischer Denkmodelle. Das Ideal eines wirklich demokratischen Sozialismus sollte die

¹⁷⁾ Vgl. H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied — Berlin 1966, sowie: R. Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg 1974, S. 41—61.

¹⁸⁾ Zit. nach: H.-J. Stehle, Vakuum im Herzen Europas. Vor dreißig Jahren stand der geistige Vater des „Nationalneutralismus“ vor Gericht, in: Die Zeit vom 21. Mai 1982, S. 58.

¹⁹⁾ Vgl. H.-H. Hartwich, Zum Bedeutungswandel des Demokratiebegriffs in der Bundesrepublik, in: Gegenwartskunde, (1981) 1, S. 5—22.

oder machtpolitische Differenzen. Ganz so wirklichkeitsfremd, wie es die zitierte Äußerung Noacks vermuten lassen würde, war die Haltung des Historikers indes nicht. Schließlich erwartete er von dem entstehenden atlantischen Zusammenschluß, daß die Sowjets in Schranken gehalten würden; er rechnete also von vornherein mit der Existenz zweier großer Machtblöcke in Europa und in der Welt, und er sah in dem Zusammenschluß der westlichen Länder eine unerläßliche Voraussetzung für einen bündnisfreien, neutralen Status des gesamten Deutschlands.

Freilich verkannte Noack die Tragweite politischer und ideologischer Antagonismen zwischen Ost und West, angesichts derer Konrad Adenauer mit aller Konsequenz eine Politik der Westintegration betrieb, die von großen Mehrheiten getragen wurde. Schon in den fünfziger Jahren, doch insbesondere nach dem außenpolitischen Einlenken der SPD-Opposition 1960 gab es einen breiten prowestlichen Konsensus, d. h. die Hinwendung der meisten Deutschen zu den Prinzipien und Institutionen der westlichen Demokratie und zu den Lebensformen der westlichen Industriegesellschaft.

Erst die studentische Protestbewegung in den späten sechziger Jahren stellte diese Orientierung in Frage. Sie wandte sich kritisch gegen die Verfassungsinstitutionen der repräsentativen Demokratie.

bürgerliche Demokratie des Westens ablösen.

1. Die Rätediskussion

Rätedemokratische Vorstellungen hatten innerhalb der Studentenschaft Konjunktur, wobei Teile der Studentenbewegung auf Positionen der zwanziger Jahre zurückgriffen. Rudi Dutschke, einer der Wortführer der Studentenrevolte, nannte als Ziel der Bewegung „ein System von direkter Demokratie...“, und zwar von Rätedemokratie, die es den Menschen erlaubt, ihre zeitweiligen Vertreter direkt zu wählen und abzuwählen“. Ein solches System diene dazu, die „Herrschaft von Menschen über Menschen auf das kleinstmögliche Maß“ zu reduzieren²⁰⁾. In der Zeitschrift „Kursbuch“ konkretisierten Hans Magnus Enzensberger, Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler in einem „Gespräch über die Zukunft“

²⁰⁾ In: Der Spiegel vom 10. Juli 1967.

1968 ihr Modell einer Rätedemokratie. West-Berlin sollte sich, so der utopische Entwurf, in Kollektive von jeweils 3 000 bis 5 000 Menschen aufgliedern, die sich um eine Fabrik zentrieren sollten. Eine solche Assoziationsform würde die „Herrschaft der Produzenten über ihre Produktionsbedingungen, ihre Produkte und ihre ganzen Lebensbedingungen“ bedeuten. Die Zusammenarbeit zwischen den Kollektiven der Stadt würde in einem obersten Städterat organisiert werden, „in den die Vertreter der einzelnen Kommunen, die einzelnen Räte, jederzeit wählbar und abwählbar, ihre Vertreter hineinschicken. Sie werden den Wirtschaftsablauf kontrollieren, und zwar ohne disziplinierende Anweisungen zu geben.“²¹⁾

Hinter dieser Wiederbelebung rätedemokratischer Positionen in den späten sechziger Jahren stand eine fundamentaldemokratische Kritik am repräsentativen Regierungssystem: Man konstatierte eine Diskrepanz zwischen dem Gedanken der Repräsentation und der Idee der Volkssouveränität und argumentierte, daß Parlamente und Abgeordnete mit freiem Mandat der Identität von Regierenden und Regierten à la Rousseau widersprächen und lediglich dazu dienten, die Volksherrschaft zugunsten der Herrschaft politischer Oligarchien auszuschließen.

Gegen die Vorstellung einer Rätedemokratie spricht freilich nicht nur die historische Erfahrung mit dieser Form der Partizipation; gegen sie stellen sich auch Erfahrungseinwände organisationstechnischer und sozialpsychologischer Art. In einem großen Flächenstaat mit arbeitsteiliger Industriegesellschaft erscheint es unmöglich, daß der Tendenz nach alle Bürger an allen Entscheidungen, die sie betreffen, unmittelbar beteiligt werden. Das Ideal einer Selbstregierung des Volkes setzt zudem einen kaum erreichbaren Grad an rationaler politischer Einsicht und an kontinuierlicher politischer Teilnahme des Bürgers voraus²²⁾. Die

Erwartungen der Rätetheoretiker entsprechen der Wirklichkeit weder im Hinblick auf die Praktikabilität und die Effizienz des Systems noch im Hinblick auf die politische Mobilisierbarkeit der Bürger. Allerdings machten die Verfechter der Rätekonzeption mit ihrem fundamentalen Angriff auf das Repräsentativsystem — präziser als jede systemimmanente Kritik dies vermöchte — die Problem- punkte der parlamentarischen Demokratie deutlich und zeigten damit auch die Richtung der notwendigen gesellschaftlichen Reformen an.

War man sich in der Diskussion über den „dritten Weg“ in der Revolution 1918/19 uneins über die Frage, ob die Verbindung von Parlamentarismus und Rätewesen möglich ist, so gingen demgegenüber die Rätekonzeptionen in den späten sechziger Jahren durchweg von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit dieser beiden Prinzipien politischer Organisation aus²³⁾. Man begriff das Räte- system als radikaldemokratische Alternative zur parlamentarischen Demokratie und zur kommunistischen Diktatur.

2. „Toller“

Entsprechend fanden in den späten sechziger Jahren jene intellektuellen Schriftsteller, die sich in der Revolution 1918/19 für einen „dritten Weg“ engagiert hatten, wieder großes Interesse²⁴⁾. Das Schauspiel „Toller“ (1968) von Tankred Dorst hatte hierbei exemplarischen Stellenwert. Ernst Toller erscheint in diesem Drama — wie auch Erich Mühsam und Gustav Landauer — als „Idealist“, dem es zwar an politischer Erfahrung mangelt, der aber auch weiß, daß er sich als Schriftsteller nicht mehr allein mit ästhetischen Problemen befassen darf. Dieser Dichter wird nun mit der politischen Realität konfrontiert und dem politischen Praktiker gegenübergestellt, der als „Realist“ die Notwendigkeiten der Entwicklung zu erkennen glaubt. Der Verfechter einer freien Rätedemokratie wird kontrastiert mit dem Anhänger der kommunistischen Sache²⁵⁾.

In dem Drama von Dorst beschreibt Toller am Schluß seine Haltung folgendermaßen: „Blut ist geflossen. Unschuldige sind gefallen, er-

²¹⁾ In: Kursbuch, (1968) 14, S. 147 u. 167.

²²⁾ Eine realistischere Einschätzung der „menschlichen Natur in der Politik“ formulierte Joseph A. Schumpeter. Weil sich der „typische Bürger“, so erkannte Schumpeter, nur sehr am Rande für Politik interessiert, sind für ihn Unwissenheit, ein „reduzierter Wirklichkeitssinn“ und mangelndes Urteilsvermögen in politischen Dingen kennzeichnend. „So fällt der typische Bürger auf eine tiefere Stufe der gedanklichen Leistung, sobald er das politische Gebiet betritt,“ schrieb Schumpeter. „Er argumentiert und analysiert auf eine Art und Weise, die er innerhalb der Sphäre seiner wirklichen Interessen bereitwillig als infantil anerkennen würde. Er wird wieder zum Primitiven. Sein Denken wird assoziativ und affektmäßig.“ — Vgl. dazu: J. A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1980¹, S. 407—420.

²³⁾ Vgl. G. A. Ritter, „Direkte Demokratie“ und Rätewesen in Geschichte und Gegenwart, in: E. K. Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968, S. 209f.

²⁴⁾ Vgl. W. Fritzsche, Die Intellektuellen der Bayerischen Revolution, in: Kürbiskern (1969) 2 und 4; P. Schütt, Novemberrevolution in der Bundesrepublik, in: Kürbiskern, (1969) 3, S. 553—565.

²⁵⁾ Vgl. W. Ismayr, Das politische Theater in Westdeutschland, Meisenheim 1977, S. 288f.

mordet, zertreten worden. Ich habe es mit Entsetzen gesehen. Aber ich weiß heute: wer auf der Ebene der Politik, im Miteinander ökonomischer und menschlicher Interessen kämpft, muß die Erfahrung machen, daß Gesetz und Folgen seines Kampfes von anderen Mächten bestimmt werden als von seinen guten Absichten, daß ihm die Art der Wehr und Gegenwehr aufgezwungen wird. Und da dieses Blut geflossen ist in den Tagen, für die ich hier angeklagt bin, sage ich es Ihnen, die dort sitzen, als Zuschauer nur, als ewig Abwartende und ewig Unschuldige: Menschen haben dies getan und ich habe es mit ihnen getan.“²⁶⁾

Die Hauptfigur von Dorsts Drama kommt damit zu einem anderen Schluß als der Schriftsteller Ernst Toller nach dem Ende der Münchner Räterepublik. Toller schilderte in dem Stück „Masse-Mensch“ sein Dilemma als Dichter, der sich der revolutionären Aktion verschrieben hatte, und verneinte letztlich die Frage, ob der politisch engagierte Humanist um der Revolution willen Menschen töten lassen dürfe. In Dorsts Drama sieht die Hauptfigur sehr deutlich, daß es wohl zwischen den politischen Mechanismen und den Ideen und Intentionen des Dichters einen großen Unterschied gibt. Der Schriftsteller Toller in Dorsts Stück erkennt, daß politisches Handeln anderen Gesetzmäßigkeiten folgt als utopisches Denken. Aber er begreift, daß der Handelnde zwangsläufig schuldig werden muß, und akzeptiert diese Schuld, denn er meint, daß die völlige Passivität in gewisser Hinsicht auch Schuld bedeutet. Der

Schriftsteller Toller in Dorsts Drama sucht die Verbindung von moralischem Bewußtsein und politischer Tat²⁷⁾.

Tankred Dorst sieht Toller kritisch; er beschreibt ihn als Schauspieler, „der Revolution machen wollte, aber Literatur gemacht hat“²⁸⁾. Der Dichter taugt nicht zum Politiker. Aber Dorst demaskiert nicht nur Toller als Träumer, sondern er zeigt auch, daß die Fähigkeit des Schriftstellers zur Reflexion erst sein problematisches Verhältnis zum politischen Handeln bedingt. Toller sieht die Zusammenhänge, deshalb kann er nicht skrupellos handeln.

Für den Diskussionszustand in der Bundesrepublik in den späten sechziger Jahren kann Dorsts Drama als repräsentativ angesehen werden. Nach dem Regierungswechsel 1969 in Bonn versuchte die sozial-liberale Koalition den revolutionären Impetus der Protestbewegung in die Bahnen der parlamentarischen Demokratie zu lenken und für Reformen zu nutzen. Auch außenpolitisch wurde die Kritik entschärft, indem man die Westintegration der Bundesrepublik durch die Normalisierung des Verhältnisses zu ihren östlichen Nachbarn ergänzte. Damit fand ein wichtiger Bestandteil neutralistischer Konzeptionen Eingang in die amtliche Politik: Die Bundesrepublik verstand sich nunmehr als Element des Ausgleichs zwischen Ost und West. Allerdings betrieb Bonn seine Politik nicht von einer „dritten“, neutralen Position aus, sondern hielt unverbrüchlich an der Verankerung der Bundesrepublik im Westen fest.

VI. Die Aktualität der „deutschen Frage“

Die Diskussion über den deutschen Standort flammte Ende der siebziger Jahre wieder auf. Zunächst beschäftigte das Thema vor allem intellektuelle Kreise, erst im Zusammenhang mit der Friedensdiskussion fand es Resonanz auch bei einer größeren Öffentlichkeit. Im Zuge einer Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses stellte man die Frage, ob die allzu enge Bindung der Bonner Politik an die politischen Schachzüge der westlichen Führungsmacht USA mit den „besonderen deutschen Interessen“ wirklich vereinbar sei, und thematisierte damit die Bündnisfrage. Der politische Wert der Westintegration wurde zunehmend nach den Chancen und Risiken beurteilt, die sie für eine positive Entwicklung des Verhält-

nisses zwischen den beiden deutschen Staaten mit sich brachte.

1. Deutsche Kulturnation

Vor allem deutsche Schriftsteller setzten sich seit den späten siebziger Jahren entschieden für die Idee der deutschen Nation ein. Dabei lassen sich im wesentlichen drei Auffassungen unterscheiden:

a) Bei manchen Schriftstellern ist das Bewußtsein vom *einen* Deutschland sehr ausgeprägt. So notierte beispielsweise Martin Walser: „...

²⁷⁾ Vgl. R. Taeni, Die Rolle des „Dichters“ in der revolutionären Politik. Über „Toller“ von Tankred Dorst, in: Akzente, (1968) 15, S. 493—510.

²⁸⁾ T. Dorst, Arbeit an einem Stück, in: Spektakulum, (1968) 11, S. 329.

²⁶⁾ T. Dorst, Toller, Frankfurt 1968, S. 104f.

Aus meinem historischen Bewußtsein ist Deutschland nicht zu tilgen... Wir dürften, sage ich mir vor Kühnheit zitternd, die BRD so wenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offenhalten...²⁹⁾ Diese Bezugnahme auf das ganze Deutschland erschwert offensichtlich die Identifikation der westdeutschen Autoren mit der Bundesrepublik.

b) Andere Schriftsteller verspüren die politische Spaltung Deutschlands stärker als Realität. Sie halten die Anerkennung zweier politischer Nationen, zweier „Vaterländer“, für unausweichlich, und sehen in der „Muttersprache“, in der Kultur- und Sprachnation, die einzige Klammer zwischen den Deutschen in Ost und West. Manche Autoren meinen sogar, daß nur die Literatursprache noch den Gedanken an Deutschland, an die Einheit der deutschen Kultur und Sprache bewahrt, weil sich die Literatursprache im westlichen und im östlichen Deutschland weniger verändert hat als die Sprache des Alltags und die Sprache der Politik. Bei vielen Autoren lebt somit das Bewußtsein vom gesamtdeutschen historisch-kulturellen Erbe fort. Beispielhaft für diese heute dominierende Position ist der Hinweis Peter Härtlings: „... Aber die Wörter teilen wir noch in unsern Geschichten...“³⁰⁾

c) Manche Schriftsteller heben hervor, daß heute der Bezug auf eine deutsche Gesamtnation, auf „Deutschland“, nicht mehr in Frage kommt. Sie meinen auch, daß die gemeinsame Sprache und Kultur keine große Ausstrahlungskraft mehr hat, und stellen daher das Bewußtsein vom *einen* Deutschland in Frage. So nennt Dieter Wellershoff Deutschland das Land der Deutschen, „ein Wort ohne Anwendbarkeit“, denn Deutschland existiere nicht mehr. Damit sei auch die deutsche Nation im Begriff zu verschwinden. Hinter dem „realitätsmächtigeren Leitbegriff“ Bundesrepublik erscheint ihm Deutschland als „kaum hörbarer Nachhall“. Wellershoff sieht in der Bundesrepublik einen „akzeptablen politischen Lebensrahmen“, der ihm Ersatz ist für das „verlorene Ganze“³¹⁾. Er findet, daß der Gedanke vom *einen* Deutschland die Realität nicht mehr abbilde, denn die Bundesrepublik sei inzwischen so real wie die DDR. Es gebe zwar Deutsche in einem westdeutschen und in einem ostdeutschen Staat, aber es gebe ei-

entlich keine einheitliche deutsche Nation mehr. Der Schriftsteller Günter Kunert zieht daraus den Schluß, daß den Deutschen bei ihrem Versuch, eine Identität zu finden, Europa eine „höhere Heimat“ sein könnte³²⁾.

Jedoch sind die meisten Literaten der Überzeugung, daß das Verbindende zwischen den beiden deutschen Staaten das Trennende überwiegt. Beide deutschen Staaten hätten aufgrund von Geschichte, Sprache und Kultur noch vieles gemeinsam, sie bildeten zusammen die „deutsche Kulturnation“.

Angesichts fortschreitender Entfremdungerscheinungen stellt sich aber die Frage, ob es wirklich noch tragende kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesrepublik und der DDR gibt, da die Entwicklung seit 1945 ja gerade dadurch bestimmt wurde, daß die nationalen Bande auch im Bereich der Kultur durch die ideologischen Gegensätze einem Erosionsprozeß ausgesetzt waren³³⁾.

In den achtziger Jahren wurde die Idee der „deutschen Kulturnation“ eminent politisch „aufgeladen“. Deutsche Schriftsteller aus Ost und West brachten in gemeinsamen Treffen ihre Sorge um den Frieden zum Ausdruck. Dabei war erkennbar, daß der Gedanke eines besonderen Weges für Deutschland wieder eine Rolle spielt.

2. Nationalneutralismus

In einem offenen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnjew forderten deutsche Schriftsteller und Intellektuelle zu Beginn der achtziger Jahre die Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands. Der Appell, von Ingeborg Drewitz, Wolf Biermann, Rolf Hochhuth, Walter Jens, Gerhard Zwerenz und anderen unterzeichnet, nannte die deutsche Teilung als Ursache der „tödlichsten Bedrohung“, die es in Europa jemals gegeben habe. Daher gelte es, „die beiden Teile

³²⁾ Vgl. G. Kunert, Auf der Suche nach dem verlorenen Selbst, in: M. Menge / R. Meisel, Städte, die keiner mehr kennt, München 1979, S. 5—9.

³³⁾ Christian Graf von Krockow empfiehlt daher den Bundesdeutschen, verschiedene Teilidentitäten anzuerkennen und zu verbinden: Sie sollten bewußt Bürger der Bundesrepublik sein — und zugleich Deutsche, bezogen auf die Gemeinsamkeit, die die Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR übergreife; sie sollten sich obendrein als Europäer, ja als Weltbürger engagieren. Statt des Entweder-Oder könnte das Sowohl-Als-auch Richtschnur sein: Die Bundesrepublik habe als freiheitlicher Verfassungsstaat wenig oder nichts gemein mit den politischen Verhältnissen in der DDR, aber die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR teilten Geschichte, Sprache, Kultur, Literatur. Vgl. Chr. Graf von Krockow, Auf der Suche nach der verlorenen Identität, in: Merkur, 37 (1983) 1, S. 8—15.

²⁹⁾ In: H. Walwei-Wiegelmann (Hrsg.), Die Wunde namens Deutschland. Ein Lesebuch zur deutschen Teilung, Freiburg — Heidelberg 1981, S. 317f.

³⁰⁾ Ebd., S. 343.

³¹⁾ D. Wellershoff, Deutschland — ein Schwebezustand, in: J. Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt 1979, S. 77—79.

Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen³⁴⁾.

Auch Teile der deutschen Friedensbewegung distanzieren sich von der amerikanisch-atlantischen Allianz und stellen die Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO offen zur Diskussion. Diese Gruppen verfechten die Idee eines wiedervereinigten, neutralen, von den Blöcken losgelösten Deutschlands („Nationalneutralismus“). Sie argumentieren, im Ernstfall wäre Deutschland Kriegsschauplatz. Darum bildeten die beiden deutschen Staaten eine „Gefahrgemeinschaft“. Die Deutschen müßten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und die beiden Teile Deutschlands aus der Konfrontation zwischen Ost und West heraushalten. Peter Brandt und Herbert Ammon, zwei Wortführer dieses „linken Nationalismus“, äußern die Überzeugung: „... So wird die deutsche Frage ... zum Friedensinstrument für Europa: Ein Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus den Militärblocks schafft eine reale Entspannungszone und erleichtert zugleich eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten ... Als Etappe auf dem Weg zur nationalen Einheit wäre eine Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten denkbar, welche aller Voraussicht nach die auf demokratische und sozialistische Reformen drängenden Kräfte stärkte ... Und sollte nicht allen Europäern daran gelegen sein, im Zentrum des Kontinents ein friedliches Land zu haben, als Mittler zwischen Ost und West, dessen Bewohner befreit sind vom Trauma ihrer NS-Vergangenheit, der deutschen Teilung ...“³⁵⁾

Dies würde eine fundamentale außenpolitische Kursrevision bedeuten. Freilich unterschätzen die Autoren des Konzepts in hohem Maße das politische Gewicht der Westintegration der Bundesrepublik, und sie lassen sich zudem von der illusionären Vorstellung leiten, die Sowjetunion werde die Einbeziehung der DDR in den Ostblock in Frage stellen lassen. Außerdem kehren sie ein wichtiges Prinzip westdeutscher Politik, nämlich dem Friedensgebot Vorrang zu geben vor dem Verlangen, Deutschland wieder zu vereinigen, um. Nicht die Nation, sondern der Frieden rangiert seither faktisch an erster Stelle in der westdeutschen Politik. In Teilen der Friedensbewegung zeigt sich nun die Bestrebung, die deutsche Einheit ohne Wenn und

Aber zur politischen Priorität zu erheben, ohne die Frage nach friedensgefährdenden bzw. friedenssichernden Faktoren zu stellen. Friede und Nation, sagt Wolfgang Venohr, seien identisch. Das heißt: Ohne die Einheit Deutschlands werde es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben; die Einheit Deutschlands anstreben bedeute also, den Frieden wollen³⁶⁾.

Symptomatisch für diese „nationalneutralistische“ Literatur ist durchgängig das Fehlen eines konkreten Entwurfes für eine „dritte Form“ des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die radikale Infragestellung des Status quo bleibt weitgehend auf die außenpolitische Orientierung Deutschlands beschränkt, während die Frage nach der politischen und gesellschaftlichen Struktur der an einem blockfreien Mitteleuropa beteiligten Staaten ausgeklammert wird. Symptomatisch ist auch, daß in der mehr polemischen Formel vom „beiderseits besetzten Deutschland“, die in der Friedensbewegung die Runde macht, die Differenzierung zwischen der politischen Ordnung der DDR und der Bundesrepublik völlig aus dem Blickfeld verschwindet: Beide Systeme erscheinen ohne Unterschied als negativ, weil sie, so die These, „fremden Einflüssen“ ausgesetzt seien³⁷⁾.

3. Die „Europäisierung Europas“

Eine andere Variante, zugleich eine andere Dimensionierung der „Idee des dritten Weges“ entwickelt Peter Bender. Er vertritt die These, Europa sei heute nicht mehr ideologisch, sondern nur noch politisch geteilt. Im Osten habe eine geistige Entideologisierung stattgefunden, die Staaten des Ostblocks seien zu „normalen“ Staaten geworden, die nur noch diktatorisch regiert und ideologisch verklärt würden. Die Europäer in Ost und West sollten sich folglich auf lange Sicht von den Supermächten abkoppeln, „emanzipieren“ und sich politisch zwischen Moskau und Washington einrichten³⁸⁾.

Diese Konzeption ist mehr von Wunschen als von einer Analyse der überprüfbaren Realität geleitet. Der Gegensatz zwischen Ost und West erscheint tendenziell nur mehr als Konkurrenz zwischen den beiden Supermächten, der die Europäer gewissermaßen neutral zuschauen. Die Vision eines „europäischen

³⁴⁾ Zit. nach: D. Hoffmann-Axthelm / E. Knödler-Bunte, Wie souverän ist die Bundesrepublik?, Berlin 1982, S. 121f.

³⁵⁾ P. Brandt / H. Ammon, Patriotismus von links, in: W. Venohr (Hrsg.), Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982, S. 159f.

³⁶⁾ W. Venohr (Anm. 35), S. 13.

³⁷⁾ Vgl. A. Klönne, Links wie rechts — auf der Suche nach nationaler Identität?, in: Die Neue Gesellschaft, (1982) 8, S. 727—731.

³⁸⁾ P. Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.

Europas" über die Systemgrenzen hinweg kann Peter Bender nur entwerfen, weil er den grundlegenden Unterschied zwischen rechtsstaatlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur für die Weltpolitik verwischt bzw. zum Interessengegensatz nivelliert sowie die wehrhafte Überzeugungsbindung zwischen den westeuropäischen Demokratien und der amerikanischen Demokratie als reines Interessenbündnis jenseits aller Moral und Ideologie deklariert³⁹⁾.

Das aktuelle Schlagwort eines „europäischen Europas“ ist in der politischen Diskussion vage und vieldeutig. Die einen umschreiben damit schlicht den Sachverhalt, daß Westeuropa gegenüber den USA in der westlichen Allianz größeres Gewicht erhalten soll. Der „europäische Pfeiler“ der NATO solle gestärkt werden, es gehe um die „Selbstbehauptung Europas“ (Horst Ehmke). Andere hingegen füllen die Formel mit brisanterem Inhalt und suchen nach einem europäischen Weg zwischen den großen Machtblöcken in Ost und West. Die Tatsache, daß die westeuropäischen Demokratien und die amerikanische Demokratie eine politische Wertegemeinschaft bilden, tritt dabei in den Hintergrund.

4. Der „dritte Weg“ der GRÜNEN

Nach den Worten von Petra Kelly streben die deutschen GRÜNEN „eine Form von ökologisch selbstverwaltetem emanzipativen Sozialismus“⁴⁰⁾ an. Das jüngste Beispiel für einen „dritten Weg“ in Politik und Wirtschaft ist dieser Entwurf der GRÜNEN, selbst wenn er nicht immer explizit so etikettiert wird.

Das 1983 in Sindelfingen beschlossene Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN grenzt sich nach zwei Seiten ab: „Zur Verwirklichung einer ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Wirtschaft haben sich sowohl die ka-

pitalistischen als auch die sogenannten realsozialistischen Gesellschaftssysteme als untauglich erwiesen: beide Systeme sind Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft, die sich an zerstörerischem industriellen Wachstum ausrichtet...“⁴¹⁾. Die GRÜNEN wollen Grund und Boden, Produktionsmittel und Banken „in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums“ überführen, lehnen aber die „bekannten Formen der Verstaatlichung“ ab, weil sie keine „basisdemokratische Kontrolle“ ermöglichen. Zentraler Punkt des grünen Wirtschaftsprogramms ist die Forderung, „daß die Betroffenen selbst die Entscheidungen darüber treffen, was, wie und wo produziert wird“. Die GRÜNEN setzen auf Autonomie und Selbstbestimmung in den Betrieben. Damit die betrieblichen Entscheidungen den gesamtgesellschaftlichen Interessen in sozialer und ökologischer Hinsicht gerecht werden, sollen auf allen Ebenen Selbstverwaltungsgremien, z. B. Wirtschafts- und Sozialräte, geschaffen werden, in denen die Zusammenarbeit der Produzenten mit anderen Bevölkerungsgruppen, etwa den Verbrauchern, organisiert wird⁴²⁾.

Die GRÜNEN stellen das Konzept der „Basisdemokratie“ gegen die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Petra Kelly versteht die GRÜNEN als „Antipartei-Partei“, die in den Parlamenten nichts als „reine Opposition“ machen solle. Die Parlamente würden von den GRÜNEN „mitbenutzt“, um die außerparlamentarische Bewegung auf ein „zweites Bein“ zu stellen⁴³⁾. Der fundamentaloppositionelle Flügel der GRÜNEN liegt allerdings im Widerstreit mit einer „pragmatischen“ Strömung in der Partei, die auf „Parlamentarisierung“ drängt. Einig sind sich die GRÜNEN dagegen in der Forderung, die Bundesrepublik solle die westliche Allianz verlassen und einen Weg zwischen den Blöcken gehen.

VII. Schlußbemerkung

Der „Sonderweg“, der Deutschland seit dem 19. Jahrhundert von der liberalen, demokratischen Entwicklung im Westen abschnitt, führte am Ende in die nationalsozialistische Barbarei. Dabei war der Preis für den Versuch, einen eigenen Weg abseits von den Werten des Westens zu gehen, die Teilung Deutschlands und die Einordnung der beiden

Teile des gespaltenen Landes in die großen Machtssysteme in Ost und West. Die weltweite Polarisierung im Zuge des Ost-West-Konflikts hat nicht nur das europäische Gewicht, sondern auch die prekäre deutsche Rolle in Europa stark relativiert. Nach 1945 konnte es keinen „deutschen Sonderweg“ mehr geben.

³⁹⁾ Vgl. G. Schwan, Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik, Stuttgart 1982, S. 168ff.

⁴⁰⁾ In: Der Spiegel vom 14. Juni 1982, S. 56.

⁴¹⁾ In: Frankfurter Rundschau (FR) vom 19. Febr. 1983, S. 14.

⁴²⁾ In: FR vom 21. Febr. 1983, S. 14.

⁴³⁾ In: Der Spiegel vom 14. Juni 1982, S. 52.

Die Virulenz der Debatte über den „dritten Weg“ hängt mit der Lage Deutschlands an der Nahtstelle zwischen Ost und West zusammen. Dabei verbindet sich die Einordnung der Deutschen in das west-östliche Kräftefeld häufig mit der Suche nach einer neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnung, die alle Nachteile bestehender Systeme vermeiden und alle Vorzüge denkbarer Systeme vereinen soll. Ein „dritter Weg“ müßte sich demnach in gleicher Weise von den beiden bestehenden Wegen unterscheiden. Ein gleicher

Abstand („Äquidistanz“) zur praktisch mit marktwirtschaftlichen Ordnungen verbundenen rechtsstaatlichen repräsentativen Demokratie des Westens und zur kommunistischen Diktatur des Ostens ist aber nicht möglich. Daher darf, so expliziert Gesine Schwan, die historische Grundentscheidung der Bundesrepublik für die westliche Demokratie nicht durch inhaltlich völlig unklare Propagierungen eines „dritten Weges“ verwischt werden⁴⁴⁾.

⁴⁴⁾ G. Schwan, (Anm. 39), S. 175.

Wolfgang Ismayr: Kulturförderung zwischen Neuorientierung und Sparzwängen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/84, S. 3—16

Konkret erfahrbare Fehlentwicklungen wie Umweltzerstörung und die Gefährdung humaner Lebensbedingungen in den Städten haben einen Wandel des Kulturverständnisses herausgefordert; danach umfaßt Kultur alle schöpferischen Äußerungen der Menschen. Auf der Grundlage dieses erweiterten Kulturverständnisses wird seit Anfang der siebziger Jahre in den Empfehlungen des Deutschen Städtetages, der UNESCO und des Europarats der Humanisierung und Kultivierung der Umwelt im politischen Handeln Priorität gegenüber rein ökonomischen Zielsetzungen eingeräumt. Auch im engeren Sinne verstanden, kann sich dementsprechend Kunst- und Kulturförderung nicht darauf beschränken, die traditionellen kulturellen Einrichtungen zu unterhalten und zu fördern! Verstärkt hinzukommen müssen die Förderung von Künstlern, soziokulturellen Initiativen und Stadtteilzentren, kulturpädagogische Aktivitäten und kulturelle Kooperation.

Die z. T. einschneidenden Kürzungen in den Kulturhaushalten der Länder und Kommunen beeinträchtigen diese Entwicklung. Bei den kulturellen Einrichtungen können Kürzungen rasch zu einem Substanzverlust und erheblichen Qualitätseinbußen führen. Besonders betroffen sind neue, alternative Ansätze der Kulturarbeit, für die bisher ohnehin nur ein sehr bescheidener Anteil der Kulturausgaben zur Verfügung gestellt wurde.

Erneut hat der Deutsche Städtetag die nun auch von Verfassungsjuristen unterstützte Auffassung bekräftigt, daß Kulturförderung als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung aufzufassen ist. Für ihre Forderung nach Landeszuschüssen zur Erfüllung überörtlicher Aufgaben erhalten die Kommunen angesichts zum Teil einschneidender Kürzungen auch von kulturell engagierten Parlamentariern über die Parteigrenzen hinweg Unterstützung.

Nach wie vor tun sich Kulturpolitiker aller Parteien schwer, die kulturelle Dimension im Kontext konkurrierender Interessen zur Geltung zu bringen, doch zeigen Vorstöße bei den letzten Haushaltsberatungen immerhin, daß engagierte Kulturpolitiker nicht auf verlorenem Posten stehen müssen. Sie gehen zunehmend von einem erweiterten Kulturverständnis aus, wie es sich auch bei neuen konzeptionellen und programmatischen Ansätzen von Parteien und Gewerkschaften zeigt.

Richard Albrecht: „Literaturgesellschaft“ DDR. Leseverhalten, Lektüreinteressen und Leseerfahrungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/84, S. 17—26

Die Deutsche Demokratische Republik ist — dies vermitteln die globalen Daten zur Buchproduktion — auch im internationalen Vergleich mit entwickelten industriellen Gesellschaften ein „Leseland“. Im Selbstverständnis ihrer Führungsschicht gilt sie als entwickeltes „Leseland“, das beansprucht, die Vision einer sozialistischen „Literaturgesellschaft“ auf deutschem Boden zu verwirklichen.

Unterhalb einer allgemein-abstrakten Ebene freilich stellt sich die „Literaturgesellschaft“ DDR widersprüchlich dar. Einmal muß die Lektüre als besondere Form individueller Gestaltung der disponiblen Zeit mit anderen Medien und Freizeitvöllzügen konkurrieren, zum anderen konnte bisher auch in der DDR trotz aller — zum Teil gewiß anerkennenswerter — literaturpädagogischer Bemühungen ein Widerspruch in den Lektüreinteressen selbst nicht aufgelöst werden. Dieser ist gekennzeichnet durch das Lesemotiv Unterhaltung und Ablenkung einerseits und die angebotenen Lesestoffe andererseits. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der quantitativ und qualitativ besonders untersuchten fiktionalen Textsorte „sozialistische Gegenwartsliteratur“, deren zeitgenössische Arbeiten (Romane) an den Lektürebedürfnissen und Leseerfahrungen nicht weniger DDR-Bürger vorbeigehen.

Helmut L. Müller: Der „dritte Weg“ als deutsche Gesellschaftsidee

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/84, S. 27—38

Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich seit 1949 als Bestandteil des westlichen Europas und der westlichen Welt. „Westintegration“ war in den fünfziger Jahren ein Reizbegriff, denn die SPD bekämpfte Adenauers Politik heftig, weil sie befürchtete, die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen würde die Einheit der deutschen Nation aufs Spiel setzen. 1960 stimmte auch die SPD Adenauers außenpolitischem Kurs zu, die Bundesrepublik fand ihren endgültigen und unbestrittenen Ort im europäischen Konzept, im Kreis der westlichen Demokratien. Seit einigen Jahren aber wird die „Bündnisfrage“ der Bundesrepublik erneut diskutiert. Dabei findet ein alter Gedanke neuen Anklang: die Vorstellung eines „dritten Weges“ zwischen Ost und West.

Der Beitrag stellt diese für Deutschland charakteristische Gesellschaftsidee an einigen Beispielen dar. In der bayerischen Revolution 1918/19 suchten die intellektuellen Schriftsteller Eisner, Toller, Mühsam und Landauer einen „dritten Weg“ zwischen bolschewistischem Rätestaat und bürgerlich-parlamentarischer Demokratie. In der Weimarer Republik diskutierte man unter der Überschrift „Gemeinwirtschaft“ und „Wirtschaftsdemokratie“ über einen „dritten Weg“ im wirtschaftlichen Bereich. Beim deutschen Neubeginn nach 1945 hofften manche Intellektuelle auf ein wiedervereinigtes, neutrales, entmilitarisiertes Deutschland zwischen Ost und West. In den späten sechziger Jahren stand die Formel vom „dritten Weg“ für die von Rätetheorien inspirierte Fundamentalkritik an der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Heute stellen manche Gruppen die Herauslösung der Bundesrepublik aus der westlichen Allianz offen zur Diskussion.

Der Beitrag kommt zu dem Befund, daß ein „deutscher Sonderweg“ nicht mehr möglich ist, die historische Grundentscheidung der Bundesrepublik für die westliche Demokratie folglich nicht durch inhaltlich völlig unklare Propagierungen eines „dritten Weges“ verwischt werden darf.